

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. **Telephon Nr. 535**

**Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands**

**Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten**

### Geselligkeit.

In vereint erlebten Kämpfen, Niederlagen und Siegen, in gemeinsamen Interessen und gleichen Zielen liegt die starke Bindkraft des Vereinslebens. Bei kräftiger äußerer und innerer Organisation eint der große Gedanke der Gemeinschaftsarbeit die Geister, spannt die Willen an zu einer Tat. Doch wir Menschen sind nicht nur Intellekt und Willen. In uns schlagen fühlende Herzen. Erst wenn Freuden und Leiden in den Herzen aller einen Widerhall finden, wenn alle sich finden in einem Gefühl der Trauer und Lust, der Furcht und Hoffnung, in einem Siegesgefühl großer Erfolge, werden aus Kollegen und Kolleginnen — Brüder und Schwestern.

Erst wenn Seelen sich zu Seelen gesellen zum Mitleiden nicht nur der Vereinsprobleme, sondern vor allem der großen Lebensprobleme, wie sie das Leben jedem bietet, der ein reiches Leben führen kann; dann werden aus Arbeitsgesellen — Trautgesellen, dann werden Vereinsfeste — Bruderfeste, dann ersteht in Vereinen der Geist einer echten deutschen Geselligkeit — Einheit der Herzen und der Seelen.

### Hütten und Salinen in Bayern.

Bayern hat zweijährige Budgetperioden. Alle zwei Jahre versammelt sich der Landtag, um den Haushaltsplan des Landes zu beraten. Der Etat Nr. 5 enthält die Voranschläge über Einnahmen und Ausgaben der kgl. Bergwerke, Hütten und Salinen. Mit einiger Spannung sehen die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten dem Etat und seiner Beratung entgegen. Gängt es doch vielfach von den Beschlüssen der Regierung und des Landtags ab, wie sich ihre soziale und wirtschaftliche Lage gestaltet. Aus diesem Grunde haben die Verbände der Arbeiter, die hier in Frage kommen, Vorstellungen in Form von Petitionen an die Regierung und den Landtag gerichtet. In den im Verein mit dem christlichen Bergarbeiterverband eingereichten Petitionen wurde insbesondere um eine Lohnaufbesserung ersucht. Löhne unter 3 Mark für ungelernete Arbeiter sind bei den heutigen Preisen der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu niedrig und sollten erhöht werden. Aber auch die gelernten Arbeiter bedürfen einer Erhöhung der Lohn- und Akkordlöhne. Das wurde in der Petition des näheren nachgewiesen unter Bezugnahme auf die Verhältnisse der einzelnen Kategorien und Sparten von Arbeitern. Weitere Wünsche bezogen sich auf die Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Urlaub, Arbeiterwohnungen und Knappschichtklassen. Diese Wünsche wurden zunächst in einem besonderen Ausschusse eingehend beraten, sowie im Zusammenhang mit der Beratung des Etats auch im Plenum. Da die Tagespresse über die Verhandlungen naturgemäß nur kurz berichten kann, soll hier ein etwas ausführlicher Bericht gegeben werden, damit unsere Mitglieder in der Lage sind, Nachprüfungen zu halten und sich über die Verhältnisse im ganzen zu orientieren.

Zunächst gelangte in der Sitzung vom 28. April 1910 zur Beratung ein Postulat „Für Hüttenwerke 1,6 Millionen Mark. Der Referent Abg. Franz Weiden, wies darauf hin, daß 1,4 Millionen Mark für das Hüttenwerk Amberg bestimmt seien. Dort solle auch ein zweiter Hochofen in Betrieb genommen werden. Darnach führte er wörtlich aus:

„Im Interesse eines geordneten Betriebs sind ferner ein Materialmagazin, Arbeiterkontrollbüros, Rangier- und Verladevorrichtungen usw., Bäder, ein Trinkwasserwerk und Sauerstoffapparate notwendig.“

Für die Abwässer des Hüttenwerks müssen Klär- und Kühlanlagen geschaffen werden.

Die neue Kraftmaschine soll so bemessen werden, daß auch die Stadt Amberg mit elektrischem Strom davon versorgt werden kann.

Was die Rentabilität betrifft, so ergaben die angestellten Berechnungen, daß allein durch die gründliche Ausnützung der gereinigten Gichtgase sich eine angemessene Verzinsung und Amortisation des aufzuwendenden Kapitals erzielen lassen wird.

Die Tatsache, daß trotz des seit Ende des Jahres 1907 in der gesamten Eisenschmelzindustrie herrschenden Tiefstandes es möglich war, für das Berg- und Hüttenamt Amberg für die Finanzperiode 1910 und 1911 einen Etat aufzustellen, der mit einem Mittlorest von 47 720 M. gegenüber einem Passivrest von 25 690 Mark in der Finanzperiode 1908/09.

Der Erzvorrat in Amberg wird noch auf 36 bis 38 Jahre hinaus den Betrieb der zwei Hochofen garantieren.

Jetzt kommt das Hüttenwerk Sonthofen, für das 200 000 Mark postuliert sind. Das Hüttenwerk Sonthofen bedarf erheblicher Verbesserungen die auch mit 4 Prozent zu verzinsen und im Etat vorgesehen sind.

Die hier ausgeführten Summen im außerordentlichen Etat wurden vom Landtag genehmigt.

Eine lange Diskussion verursachte die Regierungsforderung von 510 000 Mark für die Salinen. 450 000 Mark wurden angefordert für die Saline Reichenhall, wofür der Salinenbetrieb konzentriert werden soll unter Aufsicht der Saline Traunstein. Dagegen wehrte sich selbstverständlich die gesamte in der Saline Traunstein beschäftigte Arbeiterschaft, unterstützt von der Stadtgemeinde Traunstein und insbesondere auch vom Abgeordneten Kollegen Königbauer. Nach heftigen Debatten wurde das Regierungsprojekt von der Mehrheit des Landtages angenommen und so dann für die Saline Rosenheim 60 000 Mark genehmigt. Saline Traunstein wird also aufgegeben.

Bei der Beratung des ordentlichen Budgets am 3. Mai 1910, stand die genannte Petition und die speziellen Arbeiterwünsche zur Diskussion. Der Referent teilte aus den Ausschlußverhandlungen folgendes mit:

Die Petition (des Verbandes) von Bodenwöhr beehauptet insbesondere eine Beeinträchtigung der Gusspufer. Dort seien für das Gusspußen große Lohnabzüge sehr schmerzhaft empfunden worden. Damit habe es folgende Bemerkung. Bis 1908 hätten die Former die Verpflichtung gehabt, nicht nur das Gießen, sondern auch das Pußen zu übernehmen. Die Abnahme der hergestellten Gusswaren sei einmal in der Woche erfolgt und zwar am Samstag und an diesem Tage sei nicht gegossen worden. Da vorher nur an fünf Tagen, nach der neuen Ordnung aber an sechs Tagen Arbeitsgelegenheit gegeben gewesen sei, so sei die Leistungsmöglichkeit für den Arbeiter um ein Fünftel oder 20 Prozent gestiegen. Die Löhne für das Gusspußen seien jedoch nur mit 10 Prozent in Anschlag gebracht worden. Man hätte gleich auch die Akkordlöhne in irgend einem bestimmten Betrage für das Pußen rebuszieren können. Man habe das aber nicht getan, weil die Akkordlöhne in Bodenwöhr überhaupt noch weitergehender Bearbeitung bedürften und weil jede Umarbeitung von Akkordlöhnen große Arbeit mache und Beunruhigung mit sich bringe. Man habe sich damit geholfen, daß man für das Gusspußen 10 Prozent des Formerlohnes in Abzug bringe. Daß man dabei den Arbeitern nicht zu wehe getan, gehe daraus hervor, daß im Jahre 1909 der eigene staatliche Aufwand für Gusspußen 13 Prozent betragen habe.

Von der Emailierhütte in Bodenwöhr werde behauptet, daß 13 Arbeiter im ersten Halbjahr 1909 infolge des Akkordes und Bedingensystems wesentlich weniger verdient hätten. 13 Arbeiter hätten im ersten Semester 1909 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres 568 Mark weniger Lohn auf die Hand bekommen, mithin täglich um 29 Pfg. Ausfall gehabt. Das sei richtig. Hierzu sei zunächst zu konstatieren, daß das Lohnsystem in den früheren Jahren genau das gleiche gewesen sei wie im Jahre 1909. Der Minderverdienst dieser sämtlichen Arbeiter im Akkord betrage in diesem Zeitraum jedoch nicht 568 Mark, sondern 528 Mark; der Ausfall sei infolge Erkrankung eines Emailierarbeiters im Monat Januar erfolgt, der im Jahre 1909 um 31 Arbeitstage weniger gearbeitet habe als im Vorjahr. Trotzdem sei in der Denkschrift der Verdienst in diesen beiden Jahren parallel gestellt. Im dritten Quartal habe dann der gleiche Arbeiter bei dem gleichen Akkordsystem eine Lohnsteigerung

gegenüber dem ersten Semester von 11 bis 23 Prozent aufzuweisen gehabt.

Von Weiberhammer sei ein Fall angeführt, wo ein Former einen außerordentlich geringen Wochenverdienst gehabt habe. Das sei zugegeben. Der Mann habe aber auch früher, als er mit seinem Bruder gearbeitet habe, einen viel höheren Verdienst gehabt und erst, als er sich mit ihm entzweit hat, habe dieser Arbeiter bedeutend weniger verdient. Sein Bruder aber, der allein weiter gearbeitet habe den alten hohen Lohn weiter bezogen. Als man dem ersteren Arbeiter nachgegangen sei, habe man ihn auch wieder auf den früher verdienten normalen Lohn gebracht.

Die Salinenarbeiter wollten den gleichen Verdienst in allen Salinen. Da aber die Arbeitsbedingungen der Salinen örtlich verschieden seien, müßten auch die Löhne verschieden sein. Aus dem gleichen Grunde könne auch für das Sieben nicht gleich viel bezahlt werden ohne Rücksicht darauf, ob es Neben- oder Hauptarbeit sei.

Schichtwechsel sei jetzt um 6 Uhr, 12 Uhr und 6 Uhr. Daraus resultiere eine elfstündige Arbeitszeit. Zur achtstündigen Schicht überzugehen verbiete der Staat in den Salinen.

Die Arbeiter wollten nach der Petition ihre Individuallöhne fortbestehen, auch wenn sie bei anderen Arbeiten verwendet würden. Das sei verschieden je nach den Betriebsgruppen angeordnet:

a) Bei den Bergwerken komme eine solche Verschiebung selten vor. Wenn sie nur vorübergehend sei, behalte der Mann den Individuallohn. Andernfalls sei das nicht möglich.

b) Bei den Hüttenwerken werde zurzeit bei nur vorübergehender anderer Beschäftigung der bisherige Lohn belassen. Bei dauernder Verlegung aber werde vom 14. Tage ab oder, wenn die Verlegung schon 14 Tage vorher angekündigt gewesen sei, sofort der Lohn der betreffenden Arbeitsgruppe bezahlt.

c) Bei den Salinen sei es zurzeit noch so wie früher auf Wunsch der Arbeiter in Amberg, daß bei Verwendung in höher bezahlter Arbeit der höhere Lohn und umgekehrt gewährt würde. Es frage sich noch, ob sich die Verordnung bei den Hüttenwerken bewähre; dann werde man sie auch bei den Salinen einführen.

Wegen der Arbeiterwohnungsverhältnisse in Bodenwöhr erklärte die Regierung folgendes:

Zwei Arbeiterwohnhäuser seien allerdings wegen ihres geradezu menschenunwürdigen Zustandes niedergefallen worden. Daraus ist eine sehr lebhafteste Eigenbautätigkeit von der Verwaltung angeregt worden und jetzt sei eine so große Arbeiterkolonie da, welche die neuen Arbeiter, die sich die Verwaltung aus Konkurrenzbetrieben herbeigeht habe, ganz gut aufnehmen können.

Einführung eines Status bei Betrieben, die nicht Monopolbetriebe seien, sei unmöglich. Die Verwaltung werde aber bestrebt sein, ihre Arbeiter immer soweit als möglich zu beschäftigen.

Ein Schupfhäuschen unmittelbar am Hochofen sei in Amberg unmöglich, ja gefährlich, 30 Meter davon sei eines. Die Schuppuferverhältnisse in Bodenwöhr würden jetzt verbessert werden.

Ventilation habe Weiberhammer bereits und in Bergen sei sie vor kurzem in Betrieb gesetzt worden.

Das Walzen des Salzes auf den Darröfen durch elektrischen Betrieb sei äußerst unrationell; bei der Neuanlage solle diese Arbeit überhaupt weg.

Die höchste Ebene im Bergbau sei eine alt überkommene Abbaumethode und werde in den nächsten Jahren im zweiten Tiefbau verschwinden.

Daß nur diejenigen Bergarbeiter, die sich mit Bergmannmütze am Prinzregententag an der Kirchenparade beteiligten, Freisicht erhielten, sei auch bei allen betriebligen Werken ein uraltes Uebereinkommen.

Darauf wurden diese Petitionen der k. Staatsregierung zur Würdigung hingübergeben. Ich beantrage namens des Ausschusses daselbe.

Im Anschluß hieran wurde eine von sozialdemokratischer Seite eingereichte Petition vom Referenten behandelt. Es wurde dabei erwähnt, daß diese Petition viele Irrtümer enthalte und Angaben, die der Unterzeichner dieser Petitionen selbst praktisch als falsch bezeichnet habe.

Schließlich beantragte der Referent namens des Ausschusses, die weitere von den christlichen Verbänden eingereichte Petition betreffend die Abänderung des Knappschichtgesetzes der Regierung zur Würdigung hingüberzugeben.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen wird noch berichtet werden.

### Eine neue Niederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes.

Die Bewegung in der Bielefelder Metallindustrie ist beendet; d. h. soweit als die Arbeiter der Firma Dürtopp, Abteilung Ringschiffbau und in der Nidelei, die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen haben, infolgedessen die angebrochte Aussperrung aller Metallarbeiter seitens des Fabrikantenvereins Bielefeld wieder rückgängig gemacht wurde.

#### Beilegung der Differenzen.

Nachdem der Bielefelder Fabrikantenverein den Aussperrungsbeschluss gefasst hatte, erfasste die sozialdemokratischen Führer das heulende Geschrei und sie knieten zusammen wie Taschkmesser. Man fand dann einen Nettel in der Not und kam zu dem stellvert. Gewerbegerichts-Vorsitzenden Herrn Dr. Cramer einberufenen Einigungsverhandlungen. Der Wortlaut des Vergleichsvorschlags seitens des Fabrikantenvereins ist folgender:

„Der Verein Bielefelder Fabrikanten e. V. und der Arbeitgeberverband der Metallindustriellen sind bereit, von der in der Sitzung vom 20. Mai beschlossenen Aussperrung Abstand zu nehmen, falls die Arbeit in der Ringschiffbau-Abteilung in in der Nidelei bei der Firma Dürtopp u. Co. unter Ausschluß der von der Firma Dürtopp bezeichneten 7 Personen wieder aufgenommen wird. Die Firma Dürtopp u. Co. dagegen verpflichtet sich, die bereits vor Ausbruch des Streiks in Aussicht gestellte Revision der Löhne der Nidelei vorzunehmen und die Löhne dort, wo es erforderlich erscheint, aufzubessern.“

Die streikenden Arbeiter erklärten, daß für sie ein derartiges Ultimatum nicht diskutabel wäre und so verlief die Verhandlung ergebnislos.

Eine spätere Verhandlung faßte nun folgenden Beschluß, der gar nichts anderes enthält als eine präzisere Form der vorstehenden Bedingungen. Das interessanteste an der ganzen Geschichte ist, daß der zugehörige Brief seitens der soziald. Verwaltung schon früher fertig geschrieben war, ehe die Streikenden ihre Zusage gemacht hatten. Er lautet folgendermaßen:

Bielefeld, den 28. Mai 1910.

An den stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbegerichts Herrn Dr. jur. Cramer, Rechtsanwält, Bielefeld.

Die nachstehenden, von Ihnen gemachten Vergleichsvorschläge erkennen wir als bindend an. Die Arbeiter werden auf Grund dieser Vorschläge die Arbeit am Montag wieder aufnehmen.

1. Die Beteiligten erkennen an, daß anzustreben ist, zu verhindern, daß es wegen der verhältnismäßig unbedeutenden, den Ausgangspunkt der Aussperrung bildenden Lohnunterschieden zu einer allgemeinen Aussperrung kommt.

2. Aus dieser Ueberzeugung heraus einigen sich die unterzeichneten unter folgenden gegenseitigen Zugeständnissen:

a) Die Aussperrung, soweit sie bereits in Kraft getreten ist, wird rückgängig gemacht; die Arbeiter der Ringschiffbau-Abteilung und der Nidelei nehmen die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder auf.

b) Die Firma Bielefelder Maschinenfabrik verneint die Aufbesserungsbedürftigkeit der Löhne der Ringschiffbau-Abteilung im allgemeinen, erklärt sich dagegen bereit, die Löhne der Nidelei einer Revision zu unterziehen und gegebenen Falles aufzubessern.

c) Die sieben von der Firma Bielefelder Maschinenfabrik bezeichneten Arbeiter der Ringschiffbau-Abteilung und Nidelei, deren Wiedereinstellung die Firma ablehnt, werden nicht wieder eingestellt, jedoch soll damit nicht

ausgesprochen sein, daß dieselben nicht in anderen hiesigen Metallbetrieben Aufnahme finden dürfen.“

Für den Deutschen Metallarbeiterverband: . . . . .  
Für die Arbeiter: . . . . .

Also man wußte schon im Voraus, daß die Arbeiter vorstehenden demütigenden Bedingungen zustimmen würden. Und so geschah es auch, daß 35 dafür und 35 dagegen stimmten; drei hatten sich der Abstimmung enthalten.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände sagen frei heraus, hätten die Verwaltungsbeamten nicht vorher die Streikenden beeinflusst, dann wären diese Bedingungen niemals von ihnen angenommen worden. Aber die Späßen pfeifen es von den Dächern, daß man für die ausgebrachten schnell eine Futtermühle an dem roten Konsumverein geschaffen habe, um dadurch besser zum Ziele gelangen zu können.

#### Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Mitglieder

Ueber den Ausgang der Bewegung waren die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder sehr empört und verlangten, daß die Verbandsbeamten und Funktionäre von ihren Posten zurücktreten sollten. Die Arbeiterauschüßmitglieder der größeren Nähmaschinen- und Fahrradwerke beriefen nun auf Samstag, 28. Mai, eine Versammlung ein, welche von über 300 Personen besucht war, um ein Streikgericht abzuhalten. Die Empörung der Anwesenden war so groß, daß sie beschloßen, nachstehende Resolution der Versammlung am Montag den 30. Mai in der Zentrallhalle zu Bielefeld zu empfehlen und zur Annahme zu bringen:

„Die heutige Versammlung der Arbeiter der Bielefelder Metallindustrie nimmt Kenntnis von der Beilegung der Aussperrung. Die Versammlung spricht ihre tiefste Enttäuschung aus, daß die bei der Beilegung der Differenzen beteiligten Funktionäre und Gewerkschaftsbeamten Bedingungen eingegangen sind, die in ihrer Verfassung eine Verhöhnung der Bielefelder Arbeiterkraft darstellen und durch die Handlung, die nahe an Arbeiterverrat grenzt, eine schwere Erschütterung des Ansehens und der Machtstellung der beteiligten Organisationen herbeigeführt haben. Um die in Betracht kommenden Gewerkschaften vor schweren inneren Kriegen zu bewahren, fordert die Versammlung, daß die Funktionäre und Beamten, soweit wie sie die Bedingungen billigen und an der Erledigung der Differenzen direkt oder indirekt mitgewirkt haben, sofort ihre Ämter niederlegen resp. ihre Kündigung einreichen. Versammlung ist der Meinung, daß zur Führung von wirtschaftlichen Kämpfen Männer notwendig sind, die auch den Mut haben, die Interessen der Arbeiter voll und ganz zu vertreten.“

Wir sehen also, daß man gründlich reinen Tisch machen wollte. Die Versammlung am Montag den 30. Mai war so überaus stark besucht (ca. 6000 Mann), daß eine Parallelversammlung im Zentrallhallengarten abgehalten werden mußte. Der Verbandsbeamte Wüpe sprach im Garten und wurde mit Rufen: „Raus, raus, Arbeitervertreter“, „Schuß!“ usw. empfangen; seine Ausführungen wurden des öfteren durch beleidigende Zwischenrufe und heftige Widerprüfe unterbrochen. Er versuchte die Stellungnahme der sozialdemokratischen Führer zu rechtfertigen, fand aber bitter wenig Anklang.

In der Diskussion erklärte der Genosse Heidemann, daß es jetzt unmöglich sei, in den Fabriken für den Verband zu agitieren, man werde einfach ausgelacht. Von den Unorganisierten würde einem gesagt, sie wollten lieber in den Kriegereverein gehen, da würde ihnen für bedeutend weniger Geld mehr geboten. Behmeier habe jetzt bei Goeride leichtes Spiel mit den Kollegen. (Den Christl. Metallarbeiterverband können die Genossen nun einmal nicht ausstehen, doch mögen sie unbesorgt sein, der geht voran, auch wenn die Genossen es nicht gern sehen. D. S.) — Genosse D u t h m a n n sagt, die Kollegen hätten

selbst die Schluß, weil sie sich von den Beamten fügen ließen. Hotels und Berge würden gekauft, da bliebe für die Arbeiter nichts mehr übrig, sondern sie müßten nur bezahlen. Später ließen sich die Beamten auch noch pensionieren.

Dane sagt, zwei Gründe würden von vielen Kollegen angegeben, warum es nicht zum Streik gekommen sei: 1. Der Verband habe kein Geld, 2. die Verwaltung könne keinen Streik leiten. In anderen Zeiten würde aber herumgeprahlt, Bielefeld sei die bestorganisierte Stadt im ganzen Reich. — Genosse W u l l e n f o r d befürchtet, daß der, der hier der ständigen Aufforderung nachläßt und offen seine Meinung sage, morgen vielleicht selbst auf dem Pflaster liege, da wäre man dann auf sich selbst angewiesen. Vom Verband habe man nur ein halbes Jahr Unterstützung zu erwarten, dann heiße es: Du bist ausgesteuert, jetzt gibts nichts mehr. Er schlägt vor, den Kampf nochmals aufzunehmen, denn kein einziger könne sich mit den Ausführungen Wüpe's einverstanden erklären. Heute habe er gerade das Gegenteil von dem gesagt, was er in der letzten Versammlung vorgeschlagen.

Gauweiler Spiegel aus Düsseldorf wurde mit den Juristen „Dremsler“ empfangen und konnte sich bei seinen Ausführungen kaum Gehör verschaffen. Er versuchte die Anwesenden davon zu überzeugen, daß sie bei der Bewegung Fehler gemacht hätten und deshalb der Ausgang kein anderer hätte sein können. Der Metallarbeiterverband hätte es höchstwahrscheinlich abgelehnt, Streikunterstützung auszusagen, sondern nur Arbeitslosenunterstützung. Zum Schluß wurde noch der Kaufschußparagraph 28 angezogen, um die Anwesenden zu beruhigen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, denn in dem dreifachen Hoch auf den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband machten sich starke Widerprüfe und deutliches Zischen bemerkbar. —

Das Streikgericht sollte im Saale abgehalten werden. Hier hatte es der Obergenosse Reichstagsabgeordneter Severing übernommen, den Reichstagsabgeordneter vor der Öffentlichkeit zu geben. Auch hier wurde das Bureau zur Leitung der Versammlung einfach abgesetzt und die vier Vorsitzenden der Arbeiterauschüsse dazu bestimmt, die Versammlung zu leiten. Als nun Severing sich sehen ließ, da ging das Geschloß los, ebenso wie in der Gartenversammlung. Nach langem rabaunmässigen Hin und Her konnte er seine Berichtigungsrede beginnen. „Dürtopp habe ihm, so sagte er u. a., erklärt, wenn sich herausstellte, daß die Arbeiter recht hätten und er nicht richtig informiert worden sei, so sei er der Letzte, der den Arbeitern eine Lohnzulage verweigern würde. Mit dieser Mitteilung sei er zum Verhandlungsbureau gekommen und habe die Ueberzeugung gehabt, daß die Sache friedlich beigelegt werde, als ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht getroffen habe, daß 39 Arbeiter in der Dürtoppischen Nidelei die Arbeit niedergelegt hätten. Dürtopp habe erst am Tage des Streiks von der Eingabe seiner Arbeiter um Lohn-erhöhung erfahren, da habe es doch so aussehen müssen, als wenn der Metallarbeiterverband eine Kraftprobe vornehmen wollte. Viele hätten nicht geglaubt, daß es wirklich zur Aussperrung komme, aber da hätte man Dürtopp nicht kennen müssen, der kein Kaufmann, aber der ausgesprochenste Gewaltmensch sei. „Der Mann, der 1896 in der besten Konjunktur streikten, der es vor zwei Jahren in der Fittale Graz zu einem Streik kommen ließ, obgleich er etwa 300 000 Mark dabei verlor, der hätte es auch hier zu einem Streik kommen lassen. Es ist gesagt worden, der Automobilbau sei das Lieblingskind Dürtopps und deswegen würde er es darin zu einer Aussperrung nicht kommen lassen. Aber der Nähmaschinenbetrieb bringt ihm das Geld und das hat ihn nicht von der Aussperrung abgehalten. Es wird ferner behauptet, die anderen Fabrikanten hätten nicht ausgesperrt. Wer das glaubt, der sollte bedenken, daß Dürtopp 3300 Arbeiter beschäftigt. Dieses Schmergemisch braucht der Fabrikantenverein, wenn er seinen Aussperrungsdrohungen Mes-

### Die Seelabel, ihre wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklung.

Wenn die Einrichtungen aufgezählt werden, die bei der Weiterentwicklung der Menschheit, bei der Ausbreitung der Kultur und des Wissens, bei der innigen Verbindung der Menschen, bei Ausdehnung des Verkehrs von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil von Einfluß gewesen sind, so müssen in erster Linie die Seelabel genannt werden. Kein äußerlich betrachtet, in Bezug auf die Augenfälligkeit, treten die Seelabel, deren Stränge tief unten auf dem Meeresboden, hunderte und tausende Meter unter dem Wasserhimmel liegen, sehr stark zurück hinter die Eisenbahnen und hinter die Schifffahrt. Denn viel imponierender als ein Seelabel, das in das Meer versenkt wird, ist ein stolzer Dampfer, der sich trotz Sturm und Wellen seinen vorgezeichneten Weg durch das Weltmeer bahnt, oder ein Flugzeug, der durch die Ebene fliegt, in langen Bindungen hohe Berge erklimmt oder durch einen Tunnel lange Wege abkürzt. Aber der riesige Verkehr auf den Eisenbahnen und auf den Weltmeeren hätte lange nicht in gleicher Stärke anwachsen können, und der heutige gewaltige internationale Verkehr wäre vielleicht überhaupt nicht möglich, wenn den Eisenbahnen und der Schifffahrt nicht die Seelabel als Hilfsorgan zur Verfügung ständen.

Und nicht nur im Handel und Verkehr haben die Seelabel eine Umwälzung hervorgerufen, die sich bis ins kleinste Dörschen hoch oben auf dem Berge oder weit drinnen in der Kiste hemerkbar machen, auch auf allen anderen Gebieten des menschlichen Daseins haben die Seelabel befruchtend, fördernd, verbessernd gewirkt. Schon allein, daß die Nachrichtenbeförderung durch die Seelabel auf die internationale Politik, auf das Verhältnis von Staat zu Staat total umgestaltend eingewirkt hat, ergeben

sich Umänderungen des Lebens, die bis auf den einzelnen und entferntesten im Volke Einfluß ausüben. Mag es schon vor der Einrichtung der Seelabel in einem allerdings viel geringeren Umfange einen Weltverkehr gegeben haben, eine Weltpolitik gibt es jedenfalls erst seit es Seelabel gibt. Auch die Kolonialpolitik in dem jetzigen Umfange, nicht nur die hohe Beherrschung fremder Völker, auch ihre wirtschaftliche, kulturelle und soziale Hebung, die zweckentsprechende militärische und maritime Bewaffnung ist erst zum größten Teil infolge der schnellen Benachrichtigung durch die Seelabel möglich.

Durch die Seelabel sind zwar auch Länder außerhalb Europas in die Weltpolitik einbezogen worden, aber dafür ist auch Europa in desto größerem Umfange mit den anderen Erdteilen in Verbindung gekommen. Es läßt sich auch ohne weiteres behaupten, daß die Seelabel auf den Frieden fördernd eingewirkt haben. Wenn durch die Erweiterung des Interessentenkreises, die durch die Seelabel in der Weltpolitik herbeigeführt wurde, auf den verschiedensten Punkten mehr Reibungsflächen zwischen den einzelnen Völkern entstanden sind, so haben aber dafür die Seelabel eine umso größere Annäherung und viel innigere Verbindung zwischen den einzelnen Ländern herbeigeführt. Differenzen, die früher wochen- und monatelang bestanden haben und deren Ausgleich mit der Größe der Entfernung komplizierter wurden, können jetzt in wenigen Stunden beseitigt werden. Haben die Seelabel schon im Frieden eine außerordentliche Bedeutung, so tritt diese Bedeutung in einem Seerunde oder in einem Kriege in fremden Ländern noch viel stärker hervor. Die völlige Vernichtung der spanischen Flotte im spanisch-amerikanischen Kriege in der Schlacht bei Santiago durch die Amerikaner war nur darauf zurückzuführen, daß der spanische Admiral die Befehle seiner Regierung nicht erhalten hatte, die ihn zur Heim-

kehr in die spanischen Gewässer aufforderten. Wäre damals der spanische Admiral in die Heimat zurückgekehrt, so hätten die amerikanischen Schiffe die Spanier in deren eigenen Gewässern angreifen müssen und dann wäre vielleicht doch der Verlauf des Krieges ein anderer geworden.

Wie sich ohne Seelabel die Versorgung Europas mit den aus anderen Erdteilen kommenden Nahrungsmitteln und Rohprodukten gestalten würde, läßt sich kaum überblicken, jedenfalls aber würden der europäische Handel und Verkehr — dabei selbst angenommen, daß sie sich gar nicht so intensiv hätten entwickeln können — Momente von viel größerer Unsicherheit in sich tragen, als es heute der Fall ist, die Spekulation im Handel würde ganz andere Formen annehmen, sie würde viel wilder, stürmischer und verwegener vor sich gehen. Wenn heute in einem überseeischen Lande Schätzungen über die Ernte eines Haupterzeugnisses bekannt gegeben werden, so sind diese Schätzungen schon nach wenigen Stunden an allen den Plätzen bekannt, die dafür ein Interesse haben. Wenn so durch die Nachrichtenbeförderung der Seelabel ein fortwährender Ausgleich aller der Momente geschaffen wird, die zur Festsetzung der Preise und zur Schätzung der Abgabemöglichkeiten dienen und wenn dadurch Preise entstehen, die zwar immerhin noch oft genug durch spekulative Ausschreitungen beeinflusst werden, die in der Hauptsache aber doch durch Angebot und Nachfrage bedingt sind, so müßte oft ein ganz wilder Preiskampf, ein fortwährendes Steigen und Fallen entstehen, wenn es keine Seelabel gäbe, die aus einem Ausgleich schaffen hinsichtlich der Preisgestaltung, der Bedarfsbefriedigung und der Abgabemöglichkeiten. So liegen sich fast auf jedem Gebiete des menschlichen Wissens und der menschlichen Betätigung Beispiele anführen, welche großen Wirkungen die Seelabel durch ihre rasche Nachrichtenbeförderung ausüben.

pekt verschaffen will. Deswegen hätten die Fabrikanten es nicht riskiert, es mit Dicksopp zu verberben. Es wäre also zur Aussperrung gekommen mit all ihren Folgen, dem Verlust unserer Geldmittel und dem Risiko, unsere besten Kämpfer in den Betrieben zu verlieren.

Alle die, die mir vorhin einen so liebenswürdigen Empfang bewiesen haben, wissen nicht, welche Verantwortung ich habe. Bin ich Bevollmächtigter oder bin ich es nicht; bin ich ein Kerl oder ein Waschlappen? Solange ich Bevollmächtigter bin, muß man mir das Recht zugestehen, meine Aufgabe so aufzufassen, wie sie mir durch das Statut und durch mein Gewissen vorgeschrieben ist. Und da konnte ich nicht anders, als den Kollegen die Annahme der Vergleichsvorschläge zu empfehlen.

In einer Resolution, die heute hier vorgelegt werden soll, ist nun gesagt worden, es sollten Männer an die Spitze der Organisation gestellt werden, die den Mut hätten, die Interessen der Arbeiter energisch zu vertreten. Ich nehme es an persönlichem Mut mit jedem hier im Saale auf. Kollegen! Ist das Mut, wenn man Stimmungen Rechnung trägt und 78 Leuten nach dem Munde redet, oder ist es nicht ein größerer Mut, wenn man in Ansehung der Situation den Kollegen rät, es nicht zu einer Aussperrung kommen zu lassen, auch auf die Gefahr hin, deswegen mit Schmähungen überschüttet zu werden? Dazu gehört wahrlich kein großer Mut, den Kollegen das zu sagen, was sie gern hören. Was ist denn schuld an der Schluppe, die wir erlitten haben: Das ist die Disziplinlosigkeit der Kollegen. Die Nervosität, die Disziplinlosigkeit, sie sind es, die uns in diese Sackgasse hineingerissen haben. Es wird von vielen gesagt, wir treten aus dem Verbands aus, wir legen unsere Vertrauensposten nieder. Ich sage, das muß ein ganz erbärmlicher Hundsfott sein, der jetzt den Verband im Stich läßt. Ich werde trotz aller Anfeindungen auf meinem Posten ausharren, ich lasse mich von einem — Herzwurm (Name eines oppositionellen Genossen) nicht zermarnen.

Und nun die Resolution. (Zwischenruf: „Der Deutnant kommt!“) So wie ich mich gegen den Deutnant in einem Parlamente wehren werde, so werde ich mich auch gegen jeden wehren, der, ohne dazu befugt zu sein, mich von meinem Posten hier zu verdrängen sucht. Meinen Kollegen vom Metallarbeiterverband werde ich Gelegenheit geben, darüber zu befinden. Ueber die Resolution, die mich dazu aufzufordern will, laschen die Führer, das ist eine Kinderel.

So Severin gegenüber seinen unbotmäßigen Genossen. Aber weder seine flehentlichen Bitten noch seine energischen Worte vermochten sichtlich Eindruck zu machen.

Die Erregung in der Zentralhallen-Versammlung wurde immer größer, besonders als der Genosse Herzwurm den Erklärer über Severin und Genossen lästete. Er jagte unter anderem: Severin hat einleitend eine genaue Darstellung der Differenzen gegeben. Es wäre besser gewesen, wenn die Beamten des Metallarbeiterverbandes diese Erklärung schon in der Versammlung der Vertrauensmänner gegeben hätten. Für ihn (Spolzurm) käme es darauf an, festzustellen, daß der Bewegung der Hals umgedreht wurde auf unreellem Wege. Die Funktionäre hätten nicht einmal eine Vertrauensmännerversammlung vor Abschluß des Vergleichs gehabt. Die angenommenen Bedingungen seien ein Schandstück für die ganze Dielesfelder, für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. (Doch nur für die sozialdemokratische. Der Verf.) Die Verwaltung hätte besser getan, die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen zu lassen. Die Dielesfelder Arbeiter sollten heute an die Spitze ihrer Organisation stellen, die den Mut haben, für die Interessen der Arbeiter einzutreten.

Genosse Ritzing wirft den Führern Arbeiterverrat vor und greift Severin an, weil er während des wirtschaftlichen Kriegszustandes heim Unternehmern gewesen wäre.

Nun kam der arme Schlucker Ehrlich (Sekretär des soz. Holzarbeiterverbandes): Ich halte es für nötig, daß man auch dort, wo Unmuthen gemacht worden sind, versucht,

den Arbeitern zu helfen, selbst auf die Gefahr hin, dabei selbst unter die Näher zu kommen. Das ist das Schlimme, daß von den Leuten, die heute in der Versammlung sind, ein großer Teil sonst gar nicht in die Versammlungen kommt, und deshalb von der Taktik und dem Statut keine Ahnung hat. Diejenigen, die am meisten den Ausgang der Lohnbewegung beurteilen, haben vorher am wenigsten zum Ausbau der Organisation beigetragen. Mit den Holzarbeitern werde ich mich an der zuständigen Stelle auseinandersetzen. Ich werde mein Verhalten auch dort vertreten. Ich spreche auch hier, weil ich mir nicht nachsagen lassen will, daß ich je vor einer Masse zu Kreuze gekrochen sei. Ich bedaure den Verlauf der Bewegung. Wenn ich aber an Severings Stelle gestanden hätte, so würde ich genau so gehandelt haben wie er. Ein Feigling ist derjenige, der nicht auch da, wo es an Kopf und Kragen geht, seinen Mann stellt.

Es wurde mir mitgeteilt, daß man Severin zugerufen habe: Wärest du doch lieber da in deiner Piranastalt verreckt! Da ist ein heiliger Jörn über mich gekommen ob der Niederträchtigkeit, die darin liegt. Wenn Arbeiter einem Manne, der — ich kann es mit größter Seelenruhe aussprechen — sehr viel für die Kollegen geoffert hat, in solcher Weise begegnen, so ist das ein Skandal! Da habe ich mir gesagt, jetzt hast du die Pflicht, dich an die Seite dieses Genossen zu stellen.

**Verfuchte Ablenkung.**

„Genosse Lange: „Wenn man die einzelnen Arbeiter gehört hat, muß man sagen, daß das Vertrauen zu der Verwaltung im Wanken ist. Wir müssen Köhler und Duse den Vorkurs machen, daß sie es soweit kommen lassen. In Seckrad habe ich kein Vertrauen, weil er den Bierkrieg damals so abgemurkst hat! Ich habe da von dessen Eintreten für die Interessen der Arbeiter nicht viel verspürt. Nun, ich will mich nicht weiter äußern, der Christ Behme er sitzt hier. (Stürmische Unruhe.) Mit der Verwaltung muß an anderer Stelle gesprochen werden. Wir haben uns jetzt genug blamiert.“

Jetzt war es heraus, das Zauberwort: „Christliche“! Man hatten Severin und Genossen gewonnenes Spiel. Denn wie von einer Ratter geschossen sprang alles in die Höhe, um den „Christ“ Behmeier zu sehen. Vorher beim Referat von Severin war schon mal der Versuch der Ablenkung gemacht und von der Bühne aus gerufen worden: „Schmeiß die „Christen“ raus, die machen den Rabau“, doch darauf erkönte prompt die Antwort: „Wir sind keine „Christen“, sondern ebensoviele Genossen wie ihr Arbeiterverräter“. Doch man ist bald versucht zu glauben, daß dieses Schloßwort „Behmeier“ zwischen den Beteiligten einwärts war, um ein Ablenkungsobjekt zu bekommen. Spürte ein solcher Kampfweise. Und die rühmten sich, keine Feiglinge zu sein. Auf die Frage, was denn die Christlichen eigentlich in der Versammlung zu suchen hätten, erklärte Severin folgendes: „Ich habe den christlichen Metallarbeiterverband mit Absicht eingeladen. Vorhin sprach der Genosse Herzwurm von Spänen des Schlachtfeldes und mir war mitgeteilt, daß die Spänen hier heulen würden, deshalb hatte ich den Richterfalter der „Volksmacht“ gebeten, möglichst genau die Neben der christlichen Führer wieder zu geben, um nachher den Unternehmern und der Deffentlichkeit zu zeigen, in welcher demagogischer Weise sich diese Gesellschaft bewegen kann.“ (Wie heißt doch das Sprichwort: Der größte Lump im ganzen Land ist ein.) Das Vergnügen uns zu denunzieren, ist ihnen nun schon an der Nase vorbei gegangen. Nur Behmeier nahm das Wort und sagte auf die Anempfehlung seiner Person: „In Anbetracht der Anempfehlung meiner Person und des christlichen Verbandes sage ich nur folgendes: Mir ist Arbeiterzersetzung vorgeworfen, dabei steht aber fest, daß Duse (Beamter des soz. Metallarbeiterverbandes) in Esen am Gericht unter seinem Eide ausgefragt hat: „Es ist wahr, wir haben den Streik im Jahre 1907 bei Göricke nur angezettelt, weil soviel Christliche eingestellt wurden.“

Kollege Wetubrenner von Hamm gab am Schluß noch die Erklärung ab: „Ich habe lebhaftig zu erklären, daß ich nur anwesend bin, um Kenntnis davon zu nehmen, wie die Dinge hier liegen. Ich hatte nicht die Absicht, mich an der Diskussion zu beteiligen. Persönlich möchte ich bemerken, daß ich meinen Kollegen angeraten haben würde, sich an einer Abstimmung nicht zu beteiligen.“

Am Schluß der Versammlung war es Behmeier nicht möglich, aus dem Lokal zu kommen. Mehrere hundert Genossen vertraten ihm den Weg. Wenn ihm im letzten Augenblick nicht durch unsern Kollegen Oberbassel und den Gauleiter Genossen Ertel freier Bahn geschafft worden wäre, wer weiß, ob er dann mit heller Haut davon gekommen wäre. Die sozialdemokratische „Dielesfelder Volksmacht“ schreibt selbst: „Behmeierlich war nur, daß wegen der anwesenden „Christen“ soviel Aufsehen gemacht wurde.“

Dieser erbärmliche Ausweg aus einer selbstberedelten Zwielichtlage macht die Säugende der sozialdemokratischen Strategen erst vollkommen. Die geistlichen Arbeiter würden mit teuflischer Berechnung als Blübler für die Empörung der sozialdemokratischen Massen in den Vorbergründ geschoben, um den finanziellen Bankrott der Verbandsklasse, wie die eingerissene Disziplinlosigkeit und Anarchie zu verdecken. Das Spiel soll den roten Seiden nicht gelingen, dafür werden unsere Kollegen schon sorgen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband mit seinen angeblich 400 000 Mitgliedern aber ist wiederum um eine vollständige Niederlage reicher. Infolge seiner kostlosen Klassenverhältnisse mußte er vor der Aussperrungsandrohung der Unternehmern Klein beigeben und der Bewegung gewaltsam den Hals umdrehen. Die Rette der Niederlagen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes infolge Geldmangel ist um ein weiteres Stab bereichert. Wilhelm a. Rh., Formverbewegung 1906, Stettin, Mannheim, Jagen L. W., jetzt Dielesfeld. Wie lange werden die sozialdemokratischen Metallarbeiter diesen Weg von Niederlage zu Niederlage noch mitmachen. Das frivolle an dieser traurigen, verhängnisvollen Taktik ist, daß vor den Bewegungen vordale Sprüche gemacht werden, daß mit der unüberwindlichen Stärke des „christlichen“ aller Verbände gepöhl wird, wenn das Feuer aber ausbricht, dann muß mit der Dampfstriche gelächelt werden. So wars auch in Dielesfeld. Hätte man den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes vorher die klare Wahrheit gesagt, dann wäre vielleicht den Beamten und der Leitung dieser Organisation die Blamage von Dielesfeld erspart geblieben.

**Prosperität der Saarbüttenwerke.**

Als die letzten Jahresberichte der industriellen Werke veröffentlicht wurden, hatte die „Saarpost“ (Saarbrücken) darauf hingewiesen, daß die Aktionäre der Burbacher Hütte 30 Prozent Dividenden einstecken konnten, während die Stundenlöhne auf den Eisenhütten des Saargebietes äußerst niedrig seien. Diese Feststellungen haben ein „bekanntes Mitglied“ der Handelskammer Saarbrücken auf den Plan gerufen, um in der „Saarbrücker Zeitung“ (Hüttenblatt) eine Lanze für die „armen“ Aktionäre, die 30 Prozent Dividende in die Tasche stecken, zu brechen. Die Durchführung der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1908 gefällt dem Herrn selbstverständlich nicht. Er nennt sie etwas euphemistisch eine „unzweckmäßige Einschränkung der Arbeitszeit“, die für die Arbeiter Lohnausfälle im Betrage von 15 bis 20 Mark zur Folge gehabt habe und eine „freiwillige Ueberarbeit“ unmöglich mache.

Wir bepreisen den Schmerz des Mannes barbar, daß die „freiwillige Ueberarbeit“ unmöglich gemacht worden ist, denn sie stellte für die hindernisglücken-

Entsprechend den westpolitischen und handelspolitischen Interessen Englands wurde dort auch dem Seekabelwesen gleich von vornherein die größte Aufmerksamkeit zugewendet und wenn England ein so ungeheures Kolonialreich zusammen raffen konnte, wenn es lange Jahrzehnte als die „Weltmacht der Welt“ galt und wenn sein Handel, seine Schifffahrt alle anderen Länder überragte, so hat dazu die Entwicklung der britischen Seekabel nicht wenig beigetragen. Erst nachdem die Engländer schon in größerem Umfange Kabeln angelegt hatten, erkannten auch die anderen Völker, wie wichtig diese Einrichtungen sind und wieviel diese internationalen Nachrichtenbeförderungslinien zu dem Anwachsen nicht nur des englischen Handels und der englischen Industrie, sondern auch zu dem Anwachsen der britischen Weltmacht und des englischen Einflusses in den fremden Weltteilen bis hinaus auf die einsamsten Inselgruppen der Weltmeere beigetragen haben. Denn wer die Kabeln beherrscht, der hat nicht nur die besten und schnellsten Verbindungen mit den fernen Ländern, er kann auch einen großen Einfluß ausüben, indem die einlaufenden Nachrichten je nachdem zurückgehalten, zensuriert oder zurecht gestutzt, jedenfalls aber im eigenen Interesse benutzt werden. Besonders im Burenkrieg stellte es sich heraus, mit welcher Geschicklichkeit die Briten die Kabel zu benutzen verstanden. Doch nach und nach, besonders mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Interessen auf dem Weltmarkt und mit der förmlichen Beteiligung auch außerhalb Großbritanniens, wurde auch in anderen Ländern die hohe Wichtigkeit der Seekabel anerkannt und so wird auch auf dem Gebiete des Seekabelwesens Großbritannien immer mehr aus seiner Monopolstellung verdrängt.

Wie fast alle Erfindungen, die auf unsere sozialen und wirtschaftlichen Zustände umgestaltend eingewirkt haben, sind auch die Seekabel nicht mit einem Male aus einer einzigen Erfahrung, aus einem

einzigem Versuch oder von einem einzigen Erfinder geschaffen worden, sondern auch die Seekabel haben bis zu ihrer heutigen Sicherheit der Nachrichtenübermittlung eine ziemlich lange Entwicklung gebraucht und noch nachdem schon einige Linien gelegt waren, funktionierten sie auf weitere Entfernungen durchaus nicht besonders sicher. Die ersten Versuche mit der Nachrichtenbeförderung durch Kabel wurden in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gemacht. Diese Versuche gingen hauptsächlich von Engländern aus und erst etwas später wendet auch der deutsche Werner von Siemens seine Aufmerksamkeit auf diese Frage. Und gerade Werner von Siemens hat dann durch seine wissenschaftlichen Untersuchungen und durch seine praktischen Versuche sehr viel zu der späteren schnellen Entwicklung des Kabelwesens beigetragen. Wurde Siemens zunächst mit seinen Lehren in England sehr stark angefeindet, so mußte später doch zugegeben werden, daß er in diesem Recht hatte und seine Meinungen fanden Beifall und Nachahmung. Ein großer Fortschritt war es, daß Siemens in den vierziger Jahren eine unterirdische Leitung herstellte, die mit Guttapercha isoliert war.

Die Erlaubnis zur Legung des ersten Kabels wurde im Jahre 1845 gegeben durch einen Vertrag der englischen und französischen Regierung, der die Schaffung eines Unterseekabels zwischen Dover und Calais durch die Firma Schneider-Breit in Aussicht nahm. Die Fertigstellung dieses Kabels verzögerte sich einige Jahre und nachdem es im Jahre 1850 fertiggestellt und in Betrieb gesetzt worden war, versagte es schon nach kurzer Zeit, sodaß im Jahre 1851 ein neues Kabel zwischen England und Frankreich gelegt werden mußte. Kurze Zeit darauf wurden von England aus Kabelverbindungen mit Irland, Belgien und Holland hergestellt und in den nächsten Jahren kamen weiter auch vielfach an den europäischen Küsten und vom europäischen Festland

aus zu nicht allzu entfernten Inseln Kabelverbindungen zustande. Bereits im Jahre 1853 wurde die deutsche Firma Siemens u. Halske mit der Fertigstellung eines Kabels von Petersburg nach Kronstadt beauftragt und zwei Jahre später wurde im Auftrag der gleichen Firma in der Krim ein Kabel von ansehnlicher Länge gelegt. So waren schon nach einigen Jahren ein paar Duzend Kabelnlinien gelegt und in Betrieb.

Alle diese Erfolge, weitere Erfahrungen und Untersuchungen ließen dann in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Gedanken entstehen, zwischen Nordamerika und Europa, besonders mit England, eine Kabelverbindung herzustellen. Neben solchen Versuchen, die die Haltbarkeit der Kabelstränge bei so weiten Entfernungen dazun sollten, mußte auch erst einmal geprüft werden, ob es überhaupt möglich ist, auf so weite Entfernungen zu telegraphieren. Dieser letzte Versuch gelang sehr gut, er wurde auf die Weise angestellt, daß zunächst einmal verschiedene bereits bestehende Kabelnlinien in einer Länge von 3000 Kilometer verbunden wurden. Nachdem es als erwiesen gelten konnte, daß die technische Möglichkeit einer Kabelherstellung zwischen Amerika und Europa gegeben ist, wurde an die Gründung einer Gesellschaft herangegangen, die ein solches Kabel herstellen sollte. An dieser Gesellschaft, die den Namen „The Atlantic Telegraph Company“ führte, waren Engländer und Amerikaner beteiligt. Der Hauptbetrieblige aber war ein amerikanischer Kaufmann Field, der von der amerikanischen Regierung das Zugeständnis erhalten hatte, für die Dauer von 50 Jahren in Neufundland ein Kabel landen lassen zu dürfen. Das Kabel selbst wurde von einer englischen Firma hergestellt. Mit der Legung wurde am 7. August 1857 begonnen; sie wurde von zwei Schiffen vorgenommen, von denen eins die englische, das andere die amerikanische Flagge führte. Es war

den Aktionäre der Hütten eine grüne Weide dar, wo das Dividendengras in der allgeringsten Weise zu wachsen pflegte. Was den Ausfall der Wöhne angeht, von dem der Artikelschreiber mit so wehleidiger Miene spricht, so haben es ja die Hüttenbesitzer bezu. Verwaltungen in der Hand, durch eine gerechte und verbesserte Lohnordnung den Ausfall zu decken. Der Arbeiter ist doch nicht bloß dazu da, Geld zu verdienen, wirtschaftliche Werte zu schaffen, sondern auch ein Mensch zu sein. Die Tendenz der in Rede stehenden Bundesratsverordnung geht dahin, auch beim Hüttenarbeiter das Menschliche zu seinem Rechte kommen zu lassen. Sittliche Pflicht der Arbeitgeber, auch der zum Teil ausländischen Aktionäre der saarabischen Hüttenwerke, ist es, den Arbeitern einen solchen Lohn zu geben, daß sie leben können, ohne, daß deren Kräfte bis zur Erschöpfung ausgenutzt werden. Gälten die Hüttenbesitzer diesen Grundfah sich allseitig vor Augen gehalten und praktisch betätigt, hätte es der Bundesratsverordnung nicht bedurft.

Der Artikelschreiber sucht dann die Bemerkungen der „Saarpost“, die gelegentlich einer Prämierungsfest auf der Burbacherhütte gemacht wurden, daß das Wirtschaftsjahr 1909 keineswegs so schlecht gewesen sei, als es Herr Generaldirektor Weisbors hingestellt habe, zu widerlegen. Das ist ein vergebliches Beginnen, denn der Artikelschreiber muß zugeben, daß der Hauptpunkt dieser Aufstellung, die Roheisenproduktion des Jahres 1909 größer gewesen sei, als die des Jahres 1908 — richtig ist, und darauf kommt es wesentlich an, denn wo nichts produziert wird, wird auch nichts verdient und je größer die Produktion, desto größer ist in der Regel der Gewinn. So richtig ist, daß sich aus der Höhe der Produktion nicht allein das Erträgnis feststellen läßt, so richtig ist es aber auch, daß die saarabischen Hüttenbesitzer in der Höhe der Produktion den eigentlichen Gewinnfaktor sehen, sonst handelten sie ja widersinnig, die Produktion zu steigern.

Sodann suchte der Artikelschreiber die Erhöhung der Roheisenproduktion darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1909 die Bergwerksverwaltung die gewünschte Kohlenmenge habe zuführen können, was in der Zeit der Prosperität nicht der Fall gewesen sei. Man könne daher aus der Erhöhung der Roheisenproduktion auf ein erhöhtes Erträgnis nicht schließen.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß demnach die Hütten in Saarabien früher nicht in der Lage waren, so viel und so billig zu produzieren, wie im Jahre 1909. Da sie aber in allen vorausgegangenen Jahren mit erheblichem Gewinn gearbeitet haben, muß der Gewinn aus dem Jahre 1909, wo mit erheblichen ungünstigeren Bedingungen gearbeitet wurde, trotz der Krisis noch größer gewesen sein, als früher. Der Verfasser des Artikels in der „Wöllinger Btg.“ beweist also das Gegenteil dessen, was er beweisen wollte. Der Hinweis auf die Stilllegung der Hütten in Luxemburg kann nicht herangezogen werden, denn er ist nur erfolgt, um die Rentabilität der Betriebe im Saargebiet zu erhöhen, und deren Gewinn zu steigern. Auch der weitere Hinweis, die Roheisenproduktion

möglichst zu steigern, um die Selbstkosten möglichst herabzudrücken, hat doch nur in letzter Linie den einen Zweck, den Gewinn zu steigern, was ja auch der wirtschaftlichen Binsenwahrheit: je billiger die Produktion, desto größer die Gewinnchance, entspricht. Auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die Behauptung, daß die erhöhte Roheisenproduktion ein gültiger Beweis für die größere Rentabilität sei, durchaus einwandfrei und zutreffend.

Eine weitere Behauptung des Artikels in der „Wöllinger Btg.“ lautet dahin, daß die Lagerbestände zwar abgestoßen hätten werden können, daß dies aber zu Preisen geschehen mußte, die zeitweise unter den Selbstkosten der Werke lagen. Wenn das der Fall ist, wozu denn die hohen Dividenden? Von den Verkaufspreisen unter den Selbstkosten können sie doch nicht herkommen. Der Artikelschreiber wird uns verzeihen, wenn wir seine Behauptung mit Rücksicht auf die bestehenden Tatsachen nicht ernst zu nehmen vermögen. Wir vermögen das umso weniger als die Räumung der Lagerbestände erfolgt ist in der Absicht, sich für die gute Ausnutzung einer aufsteigenden Konjunktur zu rüsten. Eine andere Handlungsweise wäre ein ganz unkaufmännisches Gebahren, das wir selbst den Hüttenbeamten nicht zutrauen, trotzdem manche unter ihnen sind, deren politische Kenntnisse größer sind als die kaufmännischen. Gerade die Tatsache der Lageräumung ist ein bündiger Beweis für die steigende Konjunktur. Doch das Beste kommt erst jetzt. Bezüglich der ungewöhnlich hohen Dividenden der Burbacherhütte sagt der Autor des Wöllinger Blattes:

„Wenn wir nun einmal die gewerkschaftlichen Behauptungen über die „horrenden Niedergewinne“ der Groß-eisenindustrie auf ihren wirklichen Gehalt untersuchen, so soll uns als ein Schulbeispiel wiederum die Burbacher Hütte dienen. Wir könnten geradezu ein anderes Werk uns aussuchen, wenn wir aber als Beispiel die gut fundierte Burbacher Hütte heranziehen, so wird niemand uns vorwerfen können, daß wir mit Absicht uns ein für unsere Beweisführung günstiges Werk ausgewählt hätten.“

Die Gewerkschaftspropheze kann es der Burbacher Hütte nicht genug verdenken, daß sie in dem doch recht schlechten Geschäftsjahr 1908—1909 an ihre Aktionäre „noch 30 Proz. Dividende“ verteilt hat. Diese Zahl an und für sich stimmt ja. Aber ist es damit auch zutreffend, daß die Aktionäre für alle ihre in das Unternehmen hineingesteckten Kapitalien diese zahlenmäßig ganz nette Verzinsung erhalten haben? Wer schuldig ist, und einermessen die Verhältnisse kennt, muß diese Frage verneinen. Die Burbacher Hütte deren Aktienkapital nur 4800 000 Mark beträgt, repräsentiert in Wirklichkeit ein investiertes Kapital von etwa 60 Millionen Mark.

Der von uns angenommene Wert von 60 Millionen wird also eher zu gering als zu hoch sein. Wenn nun die Aktionäre durchschnittlich nur für 4,8 Millionen Mark Aktien besitzen, so müssen die übrigen etwa 55 Millionen Mark doch irgendwo hergekommen sein. Der Betrag wurde demnach zusammengebracht, daß jahrelang die Aktionäre auf die ihnen zustehenden Dividenden verzichteten. Nun ist das ja im Effekt das gleiche, ob man auf eine Verzinsung seiner Kapitalien verzichtet, oder ob man die Gelder bar einahlt. Auf diese Weise kam auch bei der Burbacher Hütte im Laufe von fünf Jahrzehnten das Kapital zusammen, das das Werk heute repräsentiert.

Wenn nun das Aktienkapital durch vorsichtige Finanzpolitik auf 4,8 Millionen Mark belassen werden konnte und

auf diese für das Geschäftsjahr 1908—1909 30 Prozent Dividende verteilt worden sind, so haben die Aktionäre in bar 1 440 000 Mark erhalten bei einem Reingewinn von 2 195 355 Mark. Beziehen wir diese Zahlen auf das ganze in die Burbacher Hütte investierte Kapital von ungefähr 60 Mill. Mk., so beträgt prozentual der Reingewinn nur 3,66 Prozent und die an die Aktionäre ausgeschüttete Dividende nur 2,4 Proz. Also mit den 30 Prozent Dividenden ist's leider nichts! Wir wollen zugeben, daß diese schlechten Zahlen nicht den Durchschnitt darstellen, es gab für die Burbacher Hütte wesentlich bessere, aber auch schon wesentlich schlechtere Jahre wie dasjenige von 1908—1909. Nach unserer Kenntnis der Dinge können wir jedoch getrost sagen, daß keines der Saarwerke eine so hohe Rente herauswirft, daß der Sah von 5 Prozent übersteigen wird. Berücksichtigt man, daß ein jeder Hausbesitzer doch mindestens 8 Prozent an Miete aus seinem Hause herauszuholen versucht, so kann nur der Unverstand von „horrenden Gewinnen“ reden.

Selbstverständlich arbeitet auch die Groß-eisenindustrie in erster Linie um des Nutzens willen und daß dieser Nutzen keine übermäßige Höhe erreicht, dafür sorgen die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Anforderungen der sozialpolitischen Gesetzgebung zur Genüge. Und ebenso gut wie der Weg eines Unternehmens aufwärts führen kann, kann es auch zum Ruin des Besitzers führen. Das Sprichwort: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt“, bewahrheitet sich auch bei der Groß-eisenindustrie, denn dem Beispiel von der Burbacher Hütte lassen sich noch eine ganze Reihe angliedern.“

Wenn ein Arbeiter das Nest, könnte er versucht sein, in seine Tasche zu greifen, um einen Nickel zur Unterhaltung der armen Aktionäre der Burbacher Hütte zu suchen. Zugeben muß auch hier der Artikelschreiber des Wöllinger Blattes, daß die Burbacherhütte in dem Geschäftsjahre noch die Summe von 30 Prozent Gewinn verteilen konnte, ohne die Abschreibungen und ohne die Ueberweisungen an den Reservefonds, die doch auch Gewinn darstellen. Das blicke man Schwerkemut dieser Tatsache nicht auch der Artikelschreiber der „Wöll. Btg.“ weswegen er es unter Zuhilfenahme von allerhand klügeligen Kunststücken herabzumindern sucht. Er argumentiert mit dem Hinweis, daß die 30 % zwar richtig seien, aber nur von dem ursprünglich eingezahlten Kapitale, von 4800 000 Mk., nicht aber von dem heute in der Hütte stehenden Kapitale von 60 Mill. berechnet würden, das eigentlich zugrunde gelegt werden müßte, denn das selbe sei nichts als eine Anhäufung alter Dividenden, die früher nicht erhoben worden seien: es wäre gleich, ob die Aktionäre das Kapital von 60 Millionen eingezahlt oder auf diese Weise zusammengebracht hätten.

Das ist ein Trugschluß, denn diese 60 Mill. bedeuten abzüglich des Grundkapitals einen Gewinn von dem anfänglichen oder genannten Aktienkapital. Wenn die Aktionäre der Hütte für das ursprüngliche Aktienkapital 4 Proz. Staatspapiere gekauft hätten, würden sie an Zinsen bisher rund 9 600 000 Mark eingenommen haben. In Wirklichkeit haben sie aber bei ihrer industriellen Geldanlage 55 200 000 Mk. verdient. Also beinahe noch das Sechsfache dessen, was ein 4 Proz. Staatspapier in derselben Zeit eingebracht hätte. Nur wenn man diesen Gewinn dem ursprünglichen Aktienkapital gleichsetzt, kommt man zu den Resultaten wie sie oben zu sehen sind. Es bleibt also bei den 30 Proz.

die kürzeste Strecke zwischen Europa und Amerika gewählt worden, die Strecke Irland-Neufundland. Die Länge des Kabels betrug 3745 Kilometer, jedes Schiff war mit der Hälfte des Kabels beladen. Schon nach wenigen Tagen, am 11. August, nachdem aber bereits 600 Kilometer gelegt waren, zerriß das Kabel an einer sehr tiefen Meeresstelle. Damit war das ganze Unternehmen vorläufig unterbrochen. Damals fehlte es noch an vielen technischen Hilfsmitteln, die heute bei der Legung von Kabeln zur Verfügung stehen und diese Arbeit war deshalb früher weit gefährlicher als sie jetzt ist.

Erst im nächsten Jahre begann die Arbeit auf Schaffung eines Kabels von neuem. Auch hier stellten sich wieder manche Schwierigkeiten ein, aber bis zum 5. August 1858 war es doch gelungen die Kabelverbindung zwischen Irland und Neufundland herzustellen, zwei Tage später, am 7. August, konnte die „Times“ in London das erste Telegramm aus Amerika veröffentlichen und am 10. August begann die regelmäßige Nachrichtenbeförderung. Diese war damals freilich noch recht teuer, denn das Wort kostete 20 Mark.

Aber wie vorher das Kabel zwischen England und Frankreich nicht lange funktionierte, so war es denn auch bei dem amerikanisch-englischen Kabel. Schon drei Wochen nach der allgemeinen Eröffnung der Telegrammbeförderung, am 1. September, trat das Kabel wieder außer Funktion. Darüber entstand eine große Aufregung nicht nur bei denen, die ihr Kapital in das Unternehmen gesteckt hatten, sondern auch bei vielen anderen Leuten. In England wurde eine wissenschaftliche Kommission eingesetzt, die genau untersuchen sollte, auf welche Ursachen die Unterbrechung der Kabelverbindung zurückzuführen werden könnte und welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um solche Unterbrechungen zu vermeiden. Diese Kommission blieb ein ganzes Jahr zusammen und es wurden schließlich noch ihr auch Vorschläge gemacht, die geeignet waren, eine höhere Sicherheit der Kabel zu verbürgen. An

der Ausklärung beteiligte sich auch wiederum Werner von Siemens. Aus der Atlantic Telegraph Company wurde dann die Anglo-American Telegraph Company und diese Gesellschaft traf bald Anstalten, zwischen Amerika und England ein neues Kabel zu legen. Dieses Kabel war am 10. Juni 1865 hergestellt, es hatte eine Länge von 4266 Kilometer und kostete mehr als 14 Millionen Mark. Schon ein Jahr später, im Jahre 1866, wurde von derselben Gesellschaft ein neues Kabel zwischen Amerika und England in Betrieb gesetzt und im Jahre 1869 ging dann auch eine französische Gesellschaft, die sich übrigens bald darauf mit der Anglo-American Telegraph Company etnigte, dazu über, zwischen Nordamerika und Frankreich ein Kabel herzustellen.

Dann machte der Kabelbau bald große Fortschritte, die Kabel durchschnitten in immer größerer Dichte und Ausbreitung die Weltmeere, von den Hauptknotenplätzen verbreiteten sie sich immer mehr bis an die Küsten der fernsten Inseln in den Weltmeeren. Wie es aber zuerst Privatgesellschaften waren, die den Betrieb von Kabeln unternahmen, so werden auch heute noch die meisten Kabel von privaten Gesellschaften betrieben, noch jetzt treten die staatlichen Kabel an Wichtigkeit und an Ausdehnung weit zurück hinter die Kabel der privaten Gesellschaften. Freilich wissen sich die Staaten ihren Einfluß so zu sichern, daß ihnen vielfach ein Einspruchsrecht und gewisse Vorrechte zustehen. So enthalten z. B. in England die Konzessionen aller privaten Kabelgesellschaften Bestimmungen, denen zufolge bei kriegerischen Wirren alle auf britischem Boden befindlichen Kabelämter von der Regierung übernommen und in Betrieb gesetzt werden können; auch dürfen in diesen Telegraphenämtern keine Ausländer als Beamte tätig sein.

Nach einer Zusammenstellung aus dem Mai 1909 bestanden 1651 staatliche Kabel mit zusammen 83 232 Kilometer Länge, dagegen 398 Kabel von

Privatgesellschaften mit zusammen 378 074 Kilometer Länge, sodaß im Vorjahre insgesamt 2053 Unterseekabel mit einer Länge von 461 306 Kilometer bestanden. Von den Ländern mit staatlichen Unterseekabeln stand Frankreich mit einer Kabellänge von 20 702 Kilometern an der Spitze, weiter kamen dann Japan mit 8084 Kilometer, Deutschland mit 5324 Kilometer, Niederländisch-Indien mit 5269 Kilometer, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 4358 Kilometer, Großbritannien mit 4268 Kilometer, Britisch-Indien mit 3577 Kilometer, Spanien mit 3536 Kilometer staatlicher Unterseekabel. Außerdem ist ein Kabel von 14 516 Kilometer Länge gemeinsames Eigentum von Großbritannien, Australien, Canada und Neu-Seeland. Von den europäischen Großstaaten haben besonders Rußland und Oesterreich sehr wenige staatliche Unterseekabel. In Oesterreich hatten die staatlichen Kabel eine Länge von 415 Kilometer, in Rußland betrug die Länge der staatlichen Kabel 582 Kilometer. Private Kabelgesellschaften existieren insgesamt 33; die Nationalität dieser Gesellschaften wird durch den Sitz der Gesellschaften angezeigt. Von den Kabelgesellschaften hatten ihren Sitz 19 in London, 6 in New York, 3 in Köln a. Rh., je 2 in Paris und Buenos-Aires und 1 in Kopenhagen. Noch deutlicher wird die Uebermacht der englischen Kabelgesellschaften, wenn man die Länge der Kabellinien berücksichtigt. Da nach kamen von den 378 074 Kilometern Kabelnlinien privater Gesellschaften allein 231 201 Kilometer oder weit über 60 Prozent auf englische Gesellschaften, die beiden privaten Gesellschaften in Frankreich hatten zusammen 51 026 Kilometer Unterseekabel, die 3 deutschen Gesellschaften 24 520 Kilometer, die 6 nordamerikanischen 54 054 Kilometer Kabelnlinien. Auch als Anlagekapital haben die Unterseekabel schon eine große Wichtigkeit angenommen, denn die Anlagekosten der gesamten auf der Erde angelegten Seekabel werden auf 1250 Millionen Mark eingeschätzt.

M. Berlin.

rente. Nach dem von der „Saarpost“ aufgestellten Maßstabe hat die Burbacherhütte Jahr für Jahr etwa 23 Prozent Rente erzielt.

Und wer hat diese Mehrwerte in der Hauptsache geschaffen? Die Arbeiterschaft; ihr Schweiß und ihre Kraft waren es zum Teil, die die Millionen in die Taschen der Aktionäre fließen ließen. Diese Tatsache führt zu der weiteren Frage: Wie viel Arbeitslohnsparsnisse stecken in diesen Millionen? Wie viele Millionen sind infolge der zu niedrigen Arbeitslöhne verdient worden? Das ist der Kernpunkt der ganzen Frage, der die Arbeiterschaft am meisten inetriffiert. Es bleibt dabei, daß die Burbacherhütte trotz der horrenden Gewinne ausnehmend niedrige Stundenlöhne gezahlt und es ist, um im Lobe der „Wörtl. Stg.“ zu reden, eine Forderung der öffentlichen Meinung, zu behaupten, die Burbacherhütte verdiene eigentlich noch keine 4 Prozent. Wehmütlich wie bei der Burbacherhütte ist es auch bei den anderen Eisenwerken. Auf so plumpe Weise sollte man doch nicht versuchen, der öffentlichen Meinung etwas weiß zu machen. Die Arbeiter haben also ein Recht, wenn sie höhere Löhne verlangen, denn die Werte können sie zahlen. Die Unternehmer werden sie aber nicht eher zahlen, bis die Arbeiter sich aufrufen, starke Organisationen bilden und sich ihren Anteil am Industriegewinn durch das Mittel der Selbsthilfe erringen.

### Bezirkskonferenz in Nürnberg.

Der diesjährigen Bezirkskonferenz am Sonntag den 29. Mai in Nürnberg ging am Samstagabend eine zahlreiche besuchte Metallarbeiterversammlung voraus. Kollege Konrad sprach einleitend über die Kämpfe der jüngsten Zeit. Verhandlungsvorsitzender Kollege Wieber stellte die ideale Seite der Arbeiterbewegung in den Vordergrund seiner Ausführungen. Er schilderte in großartigen Umrissen die Bedeutung der idealen Fragen, die Kämpfe um die Weltanschauung, und stellte den christlichen Idealismus mit seiner ruhmreichen Vergangenheit dem religionslosen Materialismus gegenüber. Auf den Errungenschaften und Erfolgen einer Jahrtausende alten Kultur gelte es weiter zu bauen. Die christliche Arbeiterschaft habe somit alle Ursache, tatkräftig und mutig ihre Organisationen weiter auszubauen. Mit einem kräftigen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Die Konferenz wurde am Sonntag vormittags 11 Uhr durch den Kollegen Troshmann eröffnet. Vertreten waren 10 Zahlstellen; nicht vertreten die Gruppen Erlangen, Bamberg, M.-Redwitz, und Teubitz. Selbst im Verhinderungsfalle einzelner Kollegen sollte es doch jeder Gruppe möglich sein, einen geeigneten Kollegen zu delegieren.

Der Bezirksbericht lag den Delegierten in Form einer Broschüre vor und wurde durch den Kollegen Konrad mündlich ergänzt. Aus dem Bericht ergibt sich in gedrängter Wiederholung, daß das Unterstützungswesen in der Berichtsperiode im Vordergrund stand. Ausbezahlt wurden bei Krankheit 18 539 Mk., bei Arbeitslosigkeit 6666,31 Mk., bei Streik 842,18 Mk. Inklusiv der übrigen Unterstützungskarten sind insgesamt 28 982,18 Mk. aus der Hauptkasse den Mitgliedern wieder zugeflossen, ohne die lokalen Unterstützungen. Die Gesamteinnahme (1908—09) betrug 63 175,71 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 21 680,74 Mk. Zuschüsse von der Hauptkasse an die Ortsgruppen wurden 4277,15 Mk. geleistet.

In den Lohn- und Arbeitsverhältnissen konnten Verschlechterungen nur teilweise abgewehrt werden, da ein Großteil der Metallarbeiter noch unorganisiert ist. An Streiks war der Bezirksverband nur in 3 Fällen beteiligt, wovon 2 teilweisen Erfolg hatten. Außerdem waren 15 Lohnbewegungen zu verzeichnen. Erhöhung der Stundenlöhne um 1 bis 3 Pfg. konnte für 28 Mitglieder erzielt werden. Für 445 Mitglieder wurden Lohnreduzierungen von 35—50 Pfg. pro Jahr und Mitglied abgewehrt. Für die Kollegen in den Staatsbetrieben wurde an den Landtag durch umfangreiche Denkschriften Besserung ihrer Lage, besonders hinsichtlich der Regelung der Lohnverhältnisse angestrebt. Die endgültige Entscheidung hierüber erfolgt erst im Laufe dieses Jahres.

In der darauf folgenden Diskussion wurde besonders das Kapitel der Hausagitation erörtert. Stellenweise sind ansehnliche Erfolge erzielt worden; ein Teil der Vertrauensleute ist jedoch mit dieser praktischen und so wichtigen Kleinarbeit noch zu wenig vertraut. Hier müssen Vertrauensmänner-Besprechungen oder Diskussionsabende einsehen, um den Kollegen das notwendige Rüstzeug auf den Weg zu geben. Wird schon beim Militär das Rüstzeug fortgesetzt erneuert, verbessert, so ist zum mindesten eine gleich fortgesetzte Erneuerung auch für das Waffenarsenal unserer Agitation notwendig.

Ueber Finanzwesen des Verbandes referierte sodann Kollege Dopler. Als Quintessenz des Vortrages wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit, auch ferner in erster Linie die Besserung der Lohn-

und Arbeitsverhältnisse anzustreben und erwartet von der demnächstigen Generalversammlung, daß die finanzielle Wehrfähigkeit des Verbandes auch künftig tatkraftig gefördert werde. Insbesondere weist die Konferenz auf jene Bestrebungen zurück, welche durch weitgehendere Unterstützungsansprüche die Widerstandskraft des Verbandes schmälern könnten.“

Zu dem Antrag Amberg auf Freistellung einer weiteren Kraft für den Bezirk, dem sich sinngemäß einige Gruppen angeschlossen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz erachtet die Anstellung einer weiteren Kraft in nicht allzuferner Zeit zwecks Einleitung einer intensiveren Agitation als eine dringende Notwendigkeit. Zur Durchführung empfiehlt die Konferenz allen Ortsgruppen des Bezirks die Einföhrung von Lokalbeiträgen in die Wege zu leiten, damit die Aufbringung der finanziellen Mittel hierzu ermöglicht wird. Zugleich erklärt die Konferenz, daß der Schwerpunkt der Agitation bei den Ortsverwaltungen und einzelnen Mitgliedern liege und fordert die Mitglieder auf, in eine tatkräftige Agitation einzutreten.“

Einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. erheben zur Zeit die Gruppen Nürnberg, Fürth, Regnitz, Schweinfurt und Teubitz mit zusammen 543 Mitgliedern. 5 Pfg. erheben die Zahlstellen Amberg und Sulzbach (mit Ausnahme der im staatlichen Hüttenwert beschäftigten Kollegen in Amberg, die 1908 zum Verband übergetreten sind). In Bamberg, Erlangen, Rodentwöhr, M.-Redwitz, Roth, Schwabach, und Weiherhammer mit zusammen 240 Mitgliedern werden noch keine Lokalbeiträge erhoben. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband erhebt bis zu 50 Pfg. Lokalbeiträge wöchentlich, in der Regel 10—20 Pfg. pro Woche.

Zuletzt nahm Verhandlungsvorsitzender Kollege Wieber das Wort und kennzeichnete nach einem Überblick die künftigen Aufgaben. Seine instruktiven und feurigen Worte fanden lebhaften Anklang. Der Vorsitzende Kollege Troshmann ermahnte zur Beherrschung aller Anregungen, zu nachhaltiger Agitation und schloß mit einem Hoch auf den Verband die Konferenz. Von den Ortsgruppen resp. den Kollegen muß nunmehr bestimmt erwartet werden, daß die Anregungen der Bezirkskonferenz jetzt praktisch durchgeführt werden. Die schönsten Konferenzen sind sonst zwecklos, wenn ihnen die praktische Tat nicht folgt.

### Gewerkschaftliches.

#### Die gefährlichsten und am meisten gehassten

von allen Arbeiterorganisationen sind bei den rabiatesten Scharfmachern die christlichen Gewerkschaften. So hat es der Großindustrielle Geheimrat Kirdorf schon vor Jahren öffentlich ausgesprochen und so kann man es auch bis heute von Zeit zu Zeit hören. Anlässlich der Metallarbeiterausperrung in Alinen bei Dortmund brachte die dem Scharfmachertum dienbare „Dortmunder Zeitung“ (Nr. 246 vom 18. Mai. 1910) einen Leitartikel, der sich mit dieser Bewegung in in einer Art und Weise beschäftigt, die an Gehässigkeit gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und die christlichen im besonderen kaum noch überboten werden kann. In dem Scharfmacherergeruß heißt es unter anderem:

„Als Arbeiterorganisationen kommen für die Eisenindustrie in erster Linie der deutsche Metallarbeiterverband, die Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaft und der christlich-soziale Metallarbeiterverband (Sitz Duisburg) in Betracht. Namentlich der letztere ist nach der ganzen Art seiner Agitation und seines Vorgehens am gefährlichsten, eine Erfahrung, die wohl in allen in Betracht kommenden Industriezweigen genächt wird. Unter dem christlichen Deckmantel und unter der Legende einiger in verdorbenen sozialen Theorien herumblätzernden Geistlichen trägt diese Organisation das Gift der Verhetzung in Arbeiterkreise, die für sozialdemokratische Agitation stets unzugänglich bleiben würden und bringt Unruhen und Misstracht in die bis dahin harmonischsten Arbeitsverhältnisse.“

Das Scharfmacherblatt spricht es hier also offen aus, der christliche Metallarbeiterverband sei am gefährlichsten von allen und verallgemeinert das auch für die anderen Industriezweige. Es wird ja auch gleich gesagt warum: weil die christlichen Berufsverbände diejenigen Arbeiter organisieren, die von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen und weil die christlichen Berufsverbände die Arbeiterinteressen am wirksamsten vertreten. Die Feindschaft der Scharfmacher gegen die christlichen Organisationen hat mithin ganz reale Ursachen.

Diese Abriauung gewisser Unternehmerkreise gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung wird auch von außenstehenden Kreisen als bemerkenswert empfunden und kommentiert. So hat jüngst das jüdenliberale „Berliner Tageblatt“ (Nr. 244) die Agitation der christlichen Gewerkschaften in einem Artikel „Schlotjunker“ offen eingestanden. Das Blatt beschäftigt sich hier mit den Scharfmachern im hochindustriellen Westdeutschland und sagt u. a.:

„Wohl hassen die Schlotjunker die Sozialdemokraten, die die Arbeiterschaft wütendert und die Hände abheben zu einheitlichem Handeln zusammengefaßt haben. Aber in uniger und herzhafter noch als die Sozialdemokratie hassen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn die haben ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind“ ver-

borben. Wie bequem und wirkungsvoll ließ sich vordem der wirtschaftliche Kampf doch auf politischem Gebiete führen! Die Sozialdemokratie „athetisch, antinational und revolutionär!“ Wie einfach ließ sich daraus der Begriff der „Ordnungsparteien“ ableiten. Wie überzeugend klang die tiebere Forderung, gegen den „inneren Feind“ müßten alle zusammenstehen und um der staatlichen Ordnung willen hätten auch liberale Parteien die reaktionärsten Gesetze entfangungsvoll zu bewilligen! All das zieht nicht mehr, seit es starke christliche Organisationen gibt, die kirchlich, national und monarchisch gelinnt sind und die wirtschaftliche Kämpfe gelegentlich doch Seite an Seite mit der Sozialdemokratie durchsetzen.“

Die christlichen Arbeiter werden sich durch die offenen Ausrufungen der Scharfmacher im Unternehmerlager auf ihrem eingeschlagenen und als richtig erkannten Wege in keiner Weise beirren und in ihrer weiteren Organisationsarbeit nicht hemmen lassen. Der Haß der unentwegten Scharfmacher ist aber die wirkungsvollste Überlegung der sozialdemokratischen Agitationsflüge, daß die christlichen Gewerkschaften nur zum Schutze der Unternehmerinteressen gegründet seien und der Gnade dieser Kreise ihre weitere Existenz verdanken.

#### Seraus mit den Beweisen.

Ein Führer im Unternehmerlager, dem die christlichen Gewerkschaften viel nach Kirdorf schlimmer erscheinen wie die sozialdemokratischen, ist Herr Schmiedehaus in Essen. Die letzte Nummer des christlichen „Holzarbeiter“ bringt diebezügliche folgende Notiz: „In den Tageszeitungen des Ruhrreviers war vor ca. 14 Tagen folgender „Offener Brief“ zu lesen:

Offener Brief an den Redakteur der Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeber-Zeitung, Herrn H. Schmiedehaus, Essen-Ruhr.

In der Nr. 21 der von Ihnen verantwortlich geleiteten Zeitung ist in einem Artikel „Zum Kampf im Bauergewerbe“ unter anderem folgendes zu lesen:

„Wir „Christlichen“ sind doch bessere Menschen wie die „Roten“, so sagten die „Christlichen“, und man hatte es auch allgemein angenommen. Sehr bald mußte man aber erfahren, daß dies nicht der Fall war und gerade die „Christlichen“ die rabiatesten Forderungen stellten. Sie wüteten auch jezt noch ihre wahre Gesinnung. Das mußte ein Arbeitgeber in Bockum erfahren. Dort wurde in einer Schreiner-Versammlung von dem Redner wörtlich gesagt, daß die Arbeiter allein das Recht hätten, über Löhne, Arbeitszeit, Verhalten usw. im Betrieb zu bestimmen. Als hierauf der Vertreter des Arbeitgebers erwiderte, daß nach diesen Äußerungen der Arbeitgeber wohl nur das Recht habe, für Arbeit und Geld zu sorgen, die Verbände dagegen alles andere zu bestimmen hätten, wurde von allen Seiten gerufen: diese Auffassung sei ganz richtig; würden die Arbeiter dabei nicht gut ausgeführt, dann sollte der Unternehmer mehr Beamte anstellen. In dieser Versammlung vertraten also die christlichen Verbände denselben sozialistischen Standpunkt, wie auch die Sozialdemokraten selbst. Bewiesen ist, daß bei der Stellung von Streikposten das Verhalten der „Christlichen“ viel gewöhnlicher ist, wie das der „Roten“.“

Es ist nicht meine Sache, mich in den Kampf im Bauergewerbe einzumischen. Aber Ihr Artikel enthält schwere Vorwürfe gegen die christlich organisierten Angehörigen des Schreinerergewerbes, welche in einer Schreiner-Versammlung zu Bockum sozialdemokratisch-widerständige Äußerungen geäußert und dadurch, wie Sie folgern, sich auf einen sozialdemokratischen Standpunkt gestellt haben sollen. Da diese Behauptungen völlig unkontrollierbar sind und ebensowohl aus der Luft gegriffen sein, wie auch eine Entstellung wörtlicher Vorgänge enthalten können, ersuche ich Sie hierdurch, den Tag und den Ort jener Versammlung, den Redner und auch den Vertreter des Arbeitgebers anzugeben, damit ich in der Lage bin, die Behauptungen auf ihren wahren Gehalt prüfen zu können. Ich nehme an, daß Sie, bezw. Ihr Gewährsmann, dazu in der Lage sind. Sie, wie auch jeder ruhig und gerecht denkende und urteilende Mensch, werden einsehen, daß man solche Behauptungen, welche geeignet sind, das Ansehen einer Berufsorganisation zu schädigen, auch beweisen muß.

Bockum, 23. Mai 1910.  
Christian Schick, Bezirksleiter des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter Deutschlands.

Dieser offene Brief wurde nicht nur in der Tagespresse veröffentlicht, sondern auch Herrn Schmiedehaus per Einschreibebrief zugestellt. Eine Antwort darauf ist bis heute noch nicht erfolgt, obgleich Herr Schmiedehaus reichlich Zeit dazu gehabt haben dürfte. Will Herr Schmiedehaus den Vorwurf ruhig einstecken, daß es sich bei seinen Mitteilungen um „Verdächtigungen ganz gewöhnlicher Art“ handelt? U. U. w. g.

#### Hirsch-Duncker'scher Neutralitätszwitwarr.

Auf ihrem kürzlich stattgefundenen Verbandsstag haben sich die H.-D. Gewerksvereine erneut als „religiös neutral und parteipolitisch unabhängig“ erklärt. Wir haben schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß dieser Beschluß mit der Praxis im Widerspruch steht und dem Wirrtwar im H.-D. Lager kein Ende bereiten kann. Und wenn die „neutralen“ H.-D. „Ueberfluten“ geglaubt haben, mit dem Beschluß des letzten Verbandstages sei die Frage der Neutralität gelöst und die Diskussion daruber zu Ende, so macht ihnen das H.-D. Schreckenskind Anton Erkelenz einen dicken Strich durch die Rechnung. Er setzt in der H.-D. Provinzpresse seine Beweisführung fort, daß „Neu-

kräftigkeit Unfönn" ist und daß für die S.-D. Gewerkschaften resp. deren Mitglieder nur die in Betracht kommenden liberalen Parteigruppen in Betracht kommen können. Erkelenz beweist in einem Artikel, „Man muß auch sprechen was ist“ (Westf. Post Nr. 23) aus der Geschichte der S.-D. Gewerkschaften, daß sie niemals neutral gewesen sind. Wörtlich sagt er: „Wählt man etwas tiefer in der Gewerkschaftsgeschichte nach, so findet man, daß die Gewerkschaften in ihrer besten Zeit eher alles andere als neutral gewesen sind. Das, was wir heute neutral nennen, hängt erst langsam seit Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts an, sich zu entwickeln. Und erst im letzten Teil der 90er Jahre taucht das Wort „Neutralität“ auf. Schon die Entstehung der Gewerkschaften spricht gegen die Neutralität.“

Erkelenz weiß das aus der Geschichte und an einzelnen Zitaten nach und fährt fort:

Es ließe sich noch eine ganze Reihe von Zitaten anführen, die gegen die Neutralität sprechen. Doch genug damit. Die Anschuldigung, die Versätze gegen die Neutralität wie man heute lagen würde, hätten auch 1878 nicht etwa auf, sondern lagen sich fort bis tief in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein.“

In der Fortsetzung dieses Artikels („Westdeutsche Post“ Nr. 24) stellt Erkelenz 14 Thesen für die S.-D. Neutralität auf, die den „neutralen“ General- und Zentralräten in Berlin wieder schwarze Kopfschmerzen bereiten werden. Die zweite These beginnt mit dem Kapitelsatz: „Wirklich neutrale Gewerkschaften sind in der Gegenwart unmöglich.“ Vor dem Verbandsstage sagt Erkelenz dasselbe mit den drastischen Worten: „Neutralität ist Unfönn!“ In der 7. und 8. These wird dann ebenfalls fülliger schon Gesagtes mit folgenden Worten wiederholt:

„7. Da die sozialdemokratische, die konservative Partei und das Zentrum uns stets offen bekämpfen, verbleibt uns keine andere Wahl, als daß wir die andern (liberalen) Parteien, Demokratische Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei und linker Flügel der national-liberalen Partei (Jungliberale) für uns besonders zu beeinflussen suchen.“

8. Es wird sich von selbst ergeben, daß die Mitglieder der Gewerkschaften sich vornehmlich in einer von diesen drei Parteien politisch organisieren. In welcher, das wird jeweils von örtlichen, oft auch andern Gründen abhängen.“

Das also ist und bleibt nach Erkelenz, dem ersten Publizisten der S.-D. Gewerkschaften, die parteipolitische „Neutralität“ dieser Richtung. Sie beschränkt sich auf den engen Kreis der links-liberalen Parteigruppen. Und zum eigenen Spott und Hohn nennen sie sich mit großem Pathos noch stets die „einzige Neutralen“. O, o, es ist bald genug des grausamen Spiels. Der S.-D. Gewerkschaftler Adolf Langen aus Neuß hatte wirklich in diesem Wirfmal das Richtige getroffen, als er in Nr. 14 der „Westf. Post“ verlangte: „Wir tun gut, das Wort neutral zu eheer je besser in den Glasfenster zu stellen.“ Täten die S.-D. Gewerkschaften das, dann könnten sie wenigstens nach Anspruch darauf erheben, in diesen Fragen ernstgenommen zu werden.

**Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen Deutschlands**

hatte nach seinem vorliegenden Jahresbericht pro 1909 die Wirkungen der niedergehenden Konjunktur in den vorausgegangenen Jahren noch ganz deutlich zu spüren, namentlich in den Industriegegenden. Zum Ausdruck kommt diese Tatsache an der starken Mitgliederabnahme, die zu einem geringen Rückgang der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre geführt hat. Der Verband zählte am 31. Dezember 1909 3 466 Mitglieder, an deren gewerkschaftlicher Schulung im Berichtsjahre intensiv gearbeitet wurde und zwar mit dem besten Erfolge. Das hat zu einer größeren Stabilität und Ordnung in der Beitragsleistung geführt, mit der natürlich Hand in Hand eine wesentliche Verbesserung der Finanzverhältnisse des Verbandes geht. Das Vermögen des Verbandes betrug am 31. Dezember 1909 26 735,75 Mk. gegen 20 878,07 Mk. Ende des Vorjahres. Die innere Verwaltung erfuhr 1909 einen entschiedenen Ausbau. Schwere Lohnkämpfe sind dem Verbandsverbande geblieben weil im Schneidergewerbe gerade Dank der Arbeit der christlichen Organisation eine vernünftige Tarifpolitik immer mehr Boden gewinnt. Ohne Schwerförmigkeit wurden in 12 Orten für 206 Mitglieder neue Tarife abgeschlossen, während für 438 Mitglieder in 14 Orten bestehende Tarife erneuert und verbessert wurden.

So kann der Verband also auf das befriedigende Resultat zurückblicken, daß auf friedlichem Wege für 644 Mitglieder eine Mehrung des Jahreseinkommens um 54 339 Mk. erzielt wurde, was angesichts der herrschenden Teuerung und der Belastung der Arbeiterschaft mit neuen Steuern allerdings eine absolute Notwendigkeit war. In der Kölner Damenbranche war zur Erneuerung des Tarifes ein dreitägiger Streik nötig. Der Verband war mit den aus früheren Jahren übernommenen Tarifen am Schlusse des Berichtsjahres an 90 Orten Tariflos. Mit dem Wiederaufleben des geschäftlichen Lebens hat im bisherigen Verlauf des Jahres 1910 für ihn auch eine kräftige Zunahme der Mitgliederzahl eingetreten, so daß er sich mit Recht unter die vordringenden christlichen Gewerkschaftsorganisationen rechnen darf.

**Der Gutenbergbund**

Vereinfachung deutscher Buchdrucker (Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen), veröffentlichte kürzlich seinen Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Einnahmen des Gutenbergbundes ergaben im Berichtsjahre 1909 die Summe von 123 360 Mk. Die Ausgaben betragen 92 388 Mk. Dem Gesamtvermögen des Bundes konnte als Uberschuß im abgelaufenen Berichtsjahre die Summe von 30 981 Mk. zugeführt werden. Das Gesamtvermögen des Gutenbergbundes betrug am Schlusse des Jahres 1909 385 735 Mk., dazu kommen noch ca. 115 000 Mk., die den Massenbestand der einzelnen Ortsvereine des Bundes ausmachen; so daß der Gutenbergbund am Schlusse des Jahres 1909 ein Gesamtvermögen von rund 500 000 Mk. hat. Während seiner 15 jährigen Unterhaltungszeit hat der Bund 580 647 Mk. Der Mittelstand des Gutenbergbundes betrug am Schlusse des Jahres 1909 2943.

Die Pflege und Förderung des deutschen Buchdruckerhandels fand in den letzten drei Berichtsjahren dadurch praktischen Ausdruck, daß es dem Gutenbergbund und seinen Mitgliedern gelang, in nachweislich 69 Orten bei 102 Firmen dem Tarif durch schriftliche Anerkennung seitens der Prinzipale Eingang zu verschaffen. Vorstände und Mitglieder brachten hierfür in der uneigennützigsten Weise oft sehr große materielle und ideelle Opfer. Diese positive gewerkschaftliche Kulturarbeit im Sinne des Tarifs wurde seitens der im deutschen Buchdruckgewerbe maßgebenden Prinzipalsorganisation, des deutschen Buchdruckervereins, dadurch anerkannt, daß dieser Verein am 26. Juni 1909 einen Vertrag mit dem Gutenbergbund abschloß, zum Zweck der Ein- und Durchführung der Tarifgemeinschaft. Damit ist für immer mit der irrigen Meinung ausgeräumt, als käme für tariftreue Buchdruckerarbeiten nur der Verband der deutschen Buchdrucker als alleinige tariftreue Gehilfenorganisation in Betracht.

**Der Friede im Baugewerbe**

ist in der Hauptsache gesichert. wie wir schon in der vorigen Nummer kurz mitgeteilt haben. Die Arbeiterorganisationen wie der Arbeitgeberbund haben die Einigungsversuche der Unparteilichen angenommen. Diese angenommenen Einigungsbedingungen besagen folgendes im

**Hauptvertrag:**

Zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe einerseits und dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands, dem Zentralverbande der Zimmerer Deutschlands und dem Zentralverbande christlicher Bauarbeiter Deutschlands andererseits, ist dieser Vertrag abgeschlossen worden.

**§ 1. Arbeitszeit.**

Die Arbeitszeit bleibt im allgemeinen dieselbe, wie in der letzten Vertragszeit. Wo die Arbeitszeit noch länger als 10 Stunden dauert, wird sie auf 10 Stunden herabgesetzt.

Für einzelne Orte und angrenzende wirtschaftlich zugehörige oder gleichartige Gebiete, in denen die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt und besondere schwierige Verhältnisse namentlich in Wohnungs- und Verkehrsgelegenheiten vorliegen, darf über eine mäßige und allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit örtlich verhandelt werden.

**§ 2. Lohnform.**

Die an den einzelnen Orten zurzeit geltende Lohnform wird für die Vertragsdauer beibehalten.

**§ 3. Affordarbeit.**

Affordarbeit ist zulässig. Ob in Afford gearbeitet wird, hängt in jedem einzelnen Falle lediglich von der Vereinbarung zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitern ab.

Die örtlichen Organisationen vereinbaren innerhalb sechs Wochen nach Abschluß dieses Vertrages einen Affordtarif für einfache Arbeiten.

Der Affordüberzuschuß ist unter die am Afford Beteiligten nach Verhältnis der im Afford geleisteten Arbeitszeit gleichmäßig zu verteilen.

**§ 4. Maßregelung.**

Maßregelungen gegen Mitglieder einer Organisation, namentlich Sperre einzelner Arbeits- oder Baustellen, dürfen von keiner Seite stattfinden; dies gilt insbesondere aus Anlaß der Aussperrung und der Vertragsverhandlungen. Die Einstellung und die Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers, wobei die Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht in Betracht kommen darf.

**§ 5. Behandlung von Streitigkeiten.**

Zur Uebervachung der örtlichen Verträge und zur Schlichtung von örtlichen Streitigkeiten aus den Verträgen werden örtliche Schlichtungskommissionen eingesetzt, die aus der gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitern bestehen. Für jede Schlichtungskommission wird durch die örtlichen Organisationen innerhalb vier Wochen nach Abschluß dieses Vertrages eine Geschäftsordnung festgestellt, andernfalls wird sie durch das Zentralschiedsgericht erlassen.

Wenn die Schlichtungskommission die Angelegenheit nicht erledigen, so geht die Sache zur weiteren Behandlung an die im örtlichen Verträge eingesetzte Stelle, die endgültig entscheidet. Wird die Durchführung dieser Entscheidung von den örtlichen Organisationen verhindert, so hat die Gegenpartei das Recht, innerhalb einer Woche das Zentralschiedsgericht anzurufen. Die Berufung bewirkt keinen Aufschub.

Zur Entscheidung dieser Berufungen sowie zur Entscheidung von grundsätzlichen, den Inhalt dieses Hauptvertrages nebst Anlagen berührenden Angelegenheiten wird unter Ausschluß des Rechtsweges ein Zentralschiedsgericht eingesetzt, das aus sechs Vertretern der Zentralorganisationen und drei Unparteilichen besteht. Der Deutsche Arbeitgeberbund wählt drei, die Zentralverbände der Arbeiter wählen zusammen ebenfalls drei Vertreter. Die drei Unparteilichen werden von den beteiligten Zentralorganisationen gemeinschaftlich bezeichnet; einigen sie sich hierbei nicht, werden die Unparteilichen vom Reichsamt des Innern ernannt.

**§ 6. Durchführung der Verträge.**

Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Hauptvertrages sowie der auf Grund des angefügten Vertragsmusters abgeschlossenen und von ihnen genehmigten örtlichen Verträge einzusetzen, Versätze dagegen oder Umgehungen nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere keine im Widerspruch hiermit ausbrechenden Aussperrungen, Streiks und Aussperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen.

Fügt sich eine Zentralorganisation einer endgültigen Entscheidung der Tarifinstanzen nicht, so hat die Gegenpartei das Recht, von den Verträgen zurückzutreten.

**§ 7. Disziplinarverträge.**

Das Vertragsmuster (Anlage 1) nebst den protokollarischen Erklärungen (Anlage 2) ist ein wesentlicher Teil dieses Hauptvertrages und bildet die Grundlage der von den örtlichen Organisationen abzuschließenden Verträge. Es ist in seinem Wortlaut unabänderlich. Zusätze sind gestattet soweit sie nicht den Sinn seiner Bestimmungen oder des Hauptvertrages ändern.

**§ 8. Vertragsdauer.**

Dieser Hauptvertrag gilt bis zum 31. März 1913. Das ist der Manteltarif, auf dessen Basis die örtlichen Verhandlungen und Tarifabschlüsse weiter zu betreiben sind. Die örtlichen Einigungsverhandlungen sind in der vergangenen Woche geführt worden, aber fast auf der ganzen Linie ergebnislos verlaufen. Alle strittigen Fälle müssen nun durch Schiedsgericht erledigt werden. Das hierzu berufene Schiedsgericht soll am Dienstag, den 14. Juni in Dresden zusammentreten. Es setzt sich aus den drei Unparteilichen zusammen, die schon in den letzten zentralen Verhandlungen dem Schiedsgericht angehört, und aus drei Unternehmern und drei Arbeitern. Hoffentlich werden die Schiedsprüche ohne Widerstand von beiden Seiten anerkannt, damit die Arbeit recht bald auf der ganzen Linie aufgenommen werden kann.

**Aus dem Unternehmerlager.**

**Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen.**

Unter diesem langatmigen Titel besteht in Dresden A, Ferdinandstraße 11/2 eine Vereinigung, die dieser Tage folgendes Zirkular versandt:

An die Industriellen!

Unter den zahlreichen auf unser letztes Rundschreiben eingegangenen Beitragsrückstellungen vermissen wir bis jetzt leider noch die Ihrige. Wir gestatten uns deshalb, Sie nochmals bringendst um deren möglichst umgehende Einzahlung zu bitten.

Die gewaltigen Opfer, welche die Arbeiterschaft des Baugewerbes angesichts der großen gewerkschaftlichen Machtentfaltung auf sich genommen hat und die im Falle des Obfiegens für die gesamten Arbeitgeber Deutschlands ihre Früchte tragen werden, sind Veranlassung, daß allerorts von berufener Seite zur freiwilligen finanziellen Unterstützung der Bauarbeiterschaft angerufen wird.

Die unserer Gesellschaft angehörenden Bauarbeitgeber, welche entsprechend der Zahl der von ihnen ausgesperrten Arbeiter und pro Aussperrungstag von uns nach ganz bestimmten Normen entschädigt werden, beziehen die Entschädigung als eine Leistung, auf die sie vermöge ihrer bisherigen Beitragsleistungen ein volles Recht besitzen.

Das Prinzip unserer Gesellschaft schließt die lose Form der durch gelegentliche Geldsammlungen ermöglichten Unterstützung, wie sie an die regellose Hilfe bei Ueberwachungen und ähnlichen Notständen erntet, aus. Unsere Mitglieder übernehmen dagegen die allerdings einfache, aber bestimmte Verpflichtung, ein (nur im äußersten Notfall drei) Promille einer Jahreslohnsumme zu leisten und erlangen auf der anderen Seite dafür das bestimmte Recht, auch ihrerseits unter allen Umständen bei Differenzen mit der Arbeiterschaft unsere moralische und eintretendenfalls eine auf Grund der Streitfrage und der Zahl der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter genau zu berechnende finanzielle Unterstützung zu verlangen.

Wir möchten Ihnen die auf dieser geschäftsmäßig klaren Grundlage beruhende eminente Bedeutung unserer Organisation für den Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft hiermit nochmals vor Augen führen. Sie bitten, jetzt nicht kleinlich nach dem augenblicklichen Nutzen des Beitritts für Ihren Betrieb zu fragen, sondern geleitet von Ihrem Solidaritätspflichtgefühl, sich uns anzuschließen, um weiteren Wirkensort der Unterstützung der kämpfenden Kollegen Deutschlands gesamte Industrie zu schützen und zugleich auch zur Sicherung Ihrer eigenen Position als Arbeitgeber beizutragen für den Fall, daß über kurz oder lang bei der sich bessernden Konjunktur die in Ihrer Arbeiterschaft fortschreitende Organisation auch Sie vor schwere Fragen stellen wird.

Legern Sie, bitte, darum mit der Einzahlung der Unterstützung nicht länger!

Hochachtungsvoll!

Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen.

Grüßner.

Wird der nur „moralischen“ Unterstützung werden die p. t. Mitglieder der Vereinigung wohl nicht anzufangen wissen. Ein Promille der Jahreslohn

summe bringt auch nicht soviel ein, daß recht jette Unterstüßungen gewährt werden könnten. Interessant ist aber das Dokument und die darin sich offenbarenden Bestrebungen der Unternehmer immerhin, weshalb wir dasselbe unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

**Wohrum.** In der Stahlformerei der „Westfälischen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen. **Düsseldorf.** Ueber die Kernmacherel der Firma Soest u. Co., Nelschholz ist die Sperre verhängt worden. **Emsdoru bei Arnberg i. W.** Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streik.

**Falkau (Waden).** In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik. **Spillingen.** Bei der Firma J. Duderstadt sind die Flaschner wegen Lohnsdifferenzen in den Streik getreten. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

**Münberg.** In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Spaeth, Dugentelch, in der Drahtstiftfabrik Lechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

**Hagen-Schwelm.** Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat wegen eines partiellen Streiks in Gevelsberg eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter beschlossen und teilweise schon durchgeführt.

**Danzig.** Bei der Firma Kirschberger in Ohra bei Danzig sind wegen Bezahlung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

**Kettwig.** Bei der Firma Gebr. Ruhmann, Eisengießerei und Maschinenfabrik, sind sämtliche Formere wegen Akkordsdifferenzen gemachregelt worden.

**Olberg.** Die Formere der Olberger Hütte stehen wegen Lohnsdifferenzen im Streik.

**Göln-Deuz.** Sämtliche Arbeiter der Firma Gebr. Sachseberg, Schiffswerft, stehen im Streik wegen Lohnsdifferenzen.

### Bezug ist fernzuhalten.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 19. Juni 1910 der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 26. Juni fällig.

Die Ortsgruppe Menden i. W. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmefähigkeit von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzuliefern. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Röln.** (Bewußter oder unbewußter Streikbruch?) Schreiben dieser Zeilen traf am 26. Mai auf der Straße zwei Jugendfreunde aus seiner Heimat Augsburg, die zuletzt in der durch die gelbe Seuche berühmt gewordenen Maschinenfabrik Augsburg in Arbeit standen. Auf die Frage: „Wohin und seid Ihr organisiert?“ kam die Antwort: „Wir sind schon drei Wochen auf Wanderschaft und im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert.“ Im Verlauf des weiteren Gesprächs errieten ich die beiden bereit, in den Christlichen Metallarbeiterverband über-

zutreten und sich auch in den Kath. Gesellenverein aufnehmen zu lassen. Daraufhin nahm der Kollege die beiden mit ins Vereinshaus und speiste sie, da sie erklärten, ohne Geldmittel zu sein. Zugleich verwendete sich der Kollege dafür, daß beide um geringes Entgelt im Kath. Gesellenverein logieren und den dortigen Arbeitsnachweis benutzen könnten. Für die aufschichtige und ehrliche Bestimmung der Reiseführer bürgte unser Kollege mit seinem Namen. Am 27. Mai erhielten sie auch ihr Verbandsbuch ausgehändigt. Nun waren die Reiseführer aber am 28. Mai spurlos verschwunden und unser Kollege glaubte, sie wären abgereist. In Wirklichkeit hatten dieselben am Arbeitgebernachweis vorgesprochen und wurden sofort von dort aus per Automobil zu der Firma Sachsenberg spediziert, wo ja, wie bekannt, sämtliche Arbeiter zurzeit im Streik stehen. Am Montag, den 30. Mai fuhr nun ein Automobil am Kath. Gesellenverein vor und holte bei dem nichtsahnenden Hausmeister die Kleider der Reiseführer in deren Auftrag ab. Am 2. Juni erhielt unser Kollege von den beiden per Karte die Mitteilung, daß sie bei der Firma Sachsenberg in Mülheim-Rhein in Arbeit ständen und in der Fabrik essen und schlafen würden und nicht heraus dürften. Daraufhin entschloß sich unser Kollege zu nachfolgendem Schreiben, das er den beiden Treulosen per Einschreibebrief zusandte:

Röln, den 2. Juni 1910. Werte Kollegen! Habe heute Mittag Eure Karte erhalten und war ganz erstaunt, als ich diese las. Es war mir eigentlich ganz verständlich, daß Ihr beide so spurlos verschwundet und mir nicht Absage sagtet, da ich eben glaubte, Ihr wäret viel leicht gegen Düsseldorf. Nur ich aber weiß, daß Ihr bei Sachsenberg seid, wo ja Streik ist, so möchte ich meinem Vorkommen dahingehend Ausdruck geben, daß ich nie und nimmer gestillt hätte, Ihr würdet nun, nachdem ich Euch doch Verhaltensmaßregeln gab, mich so schände hintergehen und Euch selbst bis zum Streikbrecher degradieren. Ich möchte Euch deshalb in Erinnerung unserer Kinder- und Spielzeit bitten, davon abzusehen. Auch werdet Ihr doch noch wissen, daß ich mit meinem Namen und Wort hier im Verein und Verband für Euch bürgte und doch auch als Kollege in materieller Hinsicht nicht zurückstand, als Ihr mir Eure momentane schlechte Lage offenbartet. Für all' dieses habt Ihr mich nun vor allen Kollegen so bloßgestellt, da denselben nämlich schon bekannt ist, daß Ihr Streikbrecher geworden seid. Es ließe sich, alles noch zum Besten wenden, wenn Ihr nun nach Empfang dieser Zeilen gleich in diesem Geschäft wieder aufhörtet zu arbeiten, da man Euch dann damit entschuldigen könnte, daß Ihr über die Lage zu wenig aufgeklärt gewesen seid.

Auch möchte ich Euch gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß ein Streikbrecher bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft verachtet wird. Diese Folgen treten dann erst richtig zu Tage an der Arbeitsstelle, wo ein solcher dann auch nicht mitkommen kann und gar Ihr, wo es mit Eurem factischen Können doch noch nicht so weit her ist. Auch glaube ich doch, wenn Ihr Euch Treiben vom katholischen Standpunkt aus betrachtet, Euch selbst sagen müßt, daß es ein großes Verbrechen gegen seinen Nebenmenschen ist, dieselben in ihrem wohlberechtigten Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse so in den Rücken zu fallen. Bedenkt doch ein wenig, wieviel Familienväter mit Frauen und Kindern Ihr für die Länge der Zeit brotlos macht und die dadurch vielleicht in Hunger und Elend kommen. Gerade da möchte ich Euch ins Gedächtnis zurückrufen, was Ihr mit am Fronleichnamstage nach dem Essen sagtet: „Nach drei Wochen wieder einmal richtig gegessen!“ Hunger tut weh! Das werdet auch Ihr verspürt haben in diesen drei Wochen! Denkt deshalb an kleine Kinder, die nach Brot schreien und nichts bekommen können. Denkt dann auch, wenn nicht so viele oder gar keine arbeiten, daß dann ein Streik viel geschwinder und eher zu gunsten der Arbeiter verläuft, und sagt Euch weiter, wir wollen mithelfen an der Besserstellung der Arbeiter, denn auch wir wissen nun, daß Hunger wehe tut.

Wüßte Euch deshalb dringend bitten, sofort dort das Arbeiten aufzuhören, denn Ihr seid jung und frei und ungebunden und könnt wo anders hin, wenn sich hier für Euch wirklich nichts finden sollte; aber ich, ein verheirateter Mann kann das nicht. Habe auch mit Leuten gesprochen, die alles aufbieten werden, um Euch eine Stelle zu verschaffen, wenn Ihr dort geht. Ueberdies habt Ihr jetzt doch auch schon Lohn für eine Woche. Dann sind doch auch noch Kollegen da und der Verband, die mit sich reden lassen. Aber als Organistierter fällt man doch niemals den anderen Organistierten, den im Kampfe stehenden Kollegen in den Rücken!

Ich nehme aber mit Sicherheit an, daß Ihr das nur aus Unwissenheit gemacht habt und nun, wenn Ihr dieses Schreiben gelesen habt, anderen Sinnes werdet und meiner Bitte Gehör schenkt.

Was den Streik selbst anbelangt, so ist an ein Ende desselben in 8 Tagen nicht zu denken und er kann, wenn die Entwicklung des Kampfes so weiter geht, vielleicht noch 8-10 Wochen oder noch länger dauern. Solange werdet Ihr Euch doch nicht in der Fabrik einsperren lassen wollen?

Solltet Ihr vielleicht heraus wollen und nicht heraus dürfen, so erjuche ich Euch, mir dieses in beigelegtem Briefbogen aufzuschreiben und mir dann zuzuschicken; Ihr müßt aber ausdrücklich darin bemerken, daß Ihr heraus wollt und nicht dürft. Das weitere werde ich dann schon besorgen. Falls man Euch den Lohn abhalten sollte, so bringe ich auch dieses ins Reine. Teilt auch mit, ob Ihr ein Schreiben unterschrieben habt über Lohn und Kündigung, und wie dieses dann lautet. Aber darauf will ich Euch aufmerksam machen, daß Ihr dieses Schreiben und auch mein eigenes niemand lesen laßt, denn sonst ist der Zweck verfehlt; aber ich will hoffen und zwar mit Bestimmtheit, daß ich Euch am Freitag abend schon in meinem Zimmer begrüßen kann, spätestens Samstag oder Sonntag. Solltet Ihr aber nicht dort weg wollen und weiter Streikbrecher spielen, so braucht Ihr mich nicht mehr aufzusuchen, da ich es Euch nicht vergessen könnte, daß Ihr mich so blamiert habt und würde dann jeden Verkehr mit Euch abbrechen, denn dies wäre ja mir selbst und meinen Kollegen schuldig. Inwiefern herzlichen Gruß Euer Freund (bis jetzt noch) R. F.

Auf dieses Schreiben unseres Kollegen erhielt derselbe am 4. Juni nachfolgende Antwort:

Mülheim, den 4. 4. 1910. Ueber Kollege! Ich habe Euren Brief erhalten, wofür ich Dir bestens danke. Ich habe aus diesem Brief entnommen, daß Du Dich sehr empört darüber. Wie Du schreibst, soll ich aufbieten in diesem Geschäft, ich möchte wissen, für was, verdiente schönes Geld, habe das Essen und schlafen, bekomme alles, was ich will. Ich bin lange genug umhergelaufen, ob ich nach Peterabend im Geschäft spazieren geh' oder heraus, das ich doch gleich. Wogegen bin ich noch lang nicht eingesperrt, wie Du schreibst. Ich darf mich doch nicht nach den andern Arbeitern richten, ob die was zu Essen haben oder nicht, mich hat auch kein Mensch gefragt, ob ich was zu Essen habe. Wir sind fremd hier, folgedessen muß man für sich selbst trachten, daß man durchkommt. Uns gibt kein Mensch was, wenn wir nicht haben. Wogegen brauchst Du uns nicht als Streikbrecher herunterzusehen, wir streben nicht für den Verband, wir sind für uns, also ist das unsere Sache und wenn die Sache so ist, dann müssen wir ja in keinem Verband sein, der Mensch kann so auch leben. Wir zwei allein werden die Leute nicht arm machen. Ich habe um mein Koffer geschrieben, das kommt erst die nächste Woche und dem Herrn man sein's auch, also müssen wir abwarten bis er herkommt an das Geschäft.

Und wenn wir da gehen, dann fahren wir sofort mit dem Automobil weg nach dem Bahnhof. Du wirst uns deshalb nicht böse werden, und wenn, dann können wir nicht helfen, damit schließe ich meine Zeilen und es grüßt Dich vielmals Auf Wiedersehen.

Andreus und Hermann. Berzeihe der schlechten Schrift, es war in Eile. Unserm Kollegen, dem dieses Schreiben passiert ist, bleibe selbstverständlich als christliches Gewerkschaftsmitglied nichts anderes übrig, als diese Jugendfreunde, den Andreus Eichmayer und Hermann Schramm, für alle Zukunft zu vergessen und im höchsten Maße das tiefste Mitleid mit solch irreführenden Arbeitern zu haben. Wir ersehen daraus, wie notwendig es ist, in Augsburg mit einer ganz energischen und vernünftigen Gewerkschaftsbewegung einzusetzen, um derartigen Verirrungen vorzubeugen und unserer Bewegung auch in Augsburg freie Bahn zum Nutzen der ganzen Arbeiterschaft zu schaffen. Ich möchte deshalb allen Kollegen zurufen: „Auf die Schanzen, jeder seinen Mann gestellt, dann werden wir zu unserem eigenen und der gesamten übrigen Arbeiterschaft Nutzen vor solch schädlichen Elementen bewahrt bleiben.“ M. B.

**Großenbaum.** Vor einiger Zeit wiesen wir an dieser Stelle auf das schroffe Verhalten hin, welches einige Beamte des jugendlichen Verbandes den Arbeitern gegenüber anzuwenden liebten. Gerade so notwendig ist eine Kritik der dortigen Zustände in hänglicher Hinsicht, daß diese erhalten die Arbeiter kumpen, und zwar manchmal berart ekelregend und in einem Zustande, daß sie eine direkt gesundheitliche Gefahr für den Arbeiter bilden. Entschieden zu verurteilen sind auch die Maschinenrichtungen genannten Betriebes. Für 20-25 Mann kommen etwa 6 Becken in Frage, während auf dem neuen Holzwerk, das über 100 Arbeiter beschäftigt, eine Maschinenrichtung überhaupt nicht besteht. Das ist völlig unzureichend und deshalb der Wunsch nach Abhilfe vollauf berechtigt. Ebenso ist es mit dem Trennwasser bestellt. Im alten Werke findet man wenig, im neuen gar kein Wasser zum Waschen des Durstes. Sodann ist ferner zu bemängeln, daß den Arbeitern im neuen Werk noch nicht einmal die Möglichkeit geboten ist ihre Kleider usw. verschleißbar unterzubringen. Es wäre deshalb die Anschaffung von Spindeln sehr erwünscht, umsomehr, als es den Arbeitern schon aus finanziellen Gründen sehr schwer fällt, Handtücher und Selse infolge des Mangels von Spindeln in allzu kurzen Zwischenräumen neu zu beschaffen.

Eine sonderbare Auffassung scheint die Firma von den Bestimmungen zu haben, welche die Beschäftigung der Jugend regeln. Obwohl Titel VII § 136 der Gewerbeordnung bestimmt, daß jugendliche Arbeiter nicht vor morgens 6 1/2 und abends nach 8 1/2 Uhr beschäftigt werden dürfen, läßt die Firma seelenruhig die jungen Leute Tag- und Nachtschicht machen.

Bei derartigen Zuständen ist wohl die Frage am Platz: Wollen die Arbeiter denn all' dieses auf die Dauer mitmachen? Sie werden es müssen, wenn sie sich nicht aufraffen, um mit den Kollegen vereint gegen solche Mißstände vorgehen zu können. Nur die Organisation ist hier unumgänglich, andere Verhältnisse zu schaffen. Deshalb hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Jerlohu.** Hier und im weitem Sauerland haben die sozialdemokratischen Verbände in letzter Zeit viel Geschrei gemacht, um die noch christlich gesinnten Arbeiter für ihre Richtung einzufangen. Je nachdem verschmähen es die roten Agitatoren dabei nicht, mit großer Dreistigkeit den neutralen Lappen zu schwenken. Dem Kenner der Arbeiterbewegung ist es aber längst bekannt, daß die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften alles andere — nur nicht wahr ist! Eine Wetterfahne, die bald je nach dem Kursstand der politischen Verhältnisse, die „Wind“ richtung richtig anzeigt oder garnicht zeigt. Solche Beobachtungen kann man in unserem Kreise häufig machen. In Jerlohu belennen die „Freien“ Farbe, man hat die Maske beiseite gelegt; in Letmathe und Menden ist man neutraler noch als neutral, doch gehen die dortigen Arbeiter auf den Leim nicht ein. „Spiegelberg, ich kenne dich“, sagte mal ein Arbeiter nach den Ausführungen des Herrn Spiegel in Letmathe in einer öffentlichen Versammlung. Und in Lüdenscheid will man's zeitweilig auch nicht gern gesagt haben, daß „freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins sind“, im Wesen und im Ziele, 's ist je nach dem! Doch in letzter Woche hat man wieder einmal Farbe bekant, was wir natürlich anerkennen wollen, es geht ja nichts über Klarheit! Die „Volkstimme“, ein kind mit erblicher Befassung, bedarf der Hilfe und siehe da, man arrangiert ein Wabfest für den gestrigen Sonntag. Pflichtschuldigst sekundieren die „neutralen freien“ Gewerkschaften, um für einen guten Ueberblick zugunsten der Kranken „Stimme“ Sorge zu tragen. Dem Redakteur der „Lüdenscheid. Zeitung“, der über diesen „neutralen“ und der Rede berichtet, schreibt die Geschäftsleitung des „freien“ Metallarbeiterverbandes in Lüdenscheid in Nr. 127 vom 2. h. M. u. z. in der „Volkstimme“:

„Hätte er nur das Programm des letzten Gewerkschaftskongresses nachgelesen, so würde er gefunden haben, daß die auf moderner Grundlage organisierten Arbeiter-Massenkämpfer sind und als solche in der sozialdemokratischen Partei ihre einzige und berufene Vertreterin erblicken.“

Wir meinen, deutlicher braucht es nicht zu sein. Also Massenläufer sind die „freien“ Gewerkschaftsmitglieder — wenn sie's nicht sind, wird das Erziehungsmittel, genannt Terrorismus, in Anwendung gebracht — und die „berufene“ Vertreterin dieser „Kämpfer“ ist die sozialdemokratische Partei. Demnach kann man beurteilen, was mit jenen Mitgliedern geschieht, die glauben, in der „freien“ Richtung das Ideal der Arbeiterbewegung zu erblicken. Die Armen! Obige offizielle Auslegung des Neutralitätsgebodens werden wir und hoffentlich auch die christlichen Arbeiter, aufheben und evtl. in Erinnerung zurückerufen, wenn mal wieder auf den Gipfelpunkt auszuweichen wird. Es müßte uns ferner sonderbar an, wenn im besagten Artikel dann die Geschäftsführung des „freien“ sozialdem. Metallarbeiterverbandes Albenfeld u. a. auch noch mit den Finanzen rechnet wie folgt:

Es dürfte selbst der „L. Btg.“ bekannt sein, daß der Metallarbeiterverband über genügende Vermittel verfügt.

Du lieber Himmel, das schreibt man heute! Allerdings zweifeln wir nicht daran, daß man für die sozial. Presse („Volkstimme“) Gelder hat, aber für gewerkschaftliche Zwecke...? Wenigstens will uns dieses angeichts des Vorfalls in Bielefeld absolut nicht einleuchten, monoch laut einer vom Beamten Buse eingebrachten Resolution in einer öffentlichen Versammlung anlässlich der drohenden Aussperrung die Mitglieder aufgefordert wurden, an die Pässe die geringsten Ansprüche zu stellen evtl. ganz auf Unterstufung zu verzichten. Aus statutarischen Gründen lehnte der christliche Beamte diesen Teil der Resolution ab. Ebenso will uns der zeitliche Vermögensstand im „freien“ Metallarbeiterverbande pro Kopf 8,74 M. (im christl. Metallarbeiterverbande 35,11 M.) als Beweis über die genügenden Vermittel nicht genügen. Aber Klappen gehört zum Handwerk, denken die „Freien“; uns aber dünkt es als fauler Zauber.

**Böhrenbach.** Schlechte Geschäfte machten die Sozialdemokraten am hiesigen Platz. Eine „große öffentliche Versammlung“ wurde ausgeschrieben. „Genosse“ Vorhölzer aus Erwitte sollte die hiesige Arbeiterschaft über die „Maßnahmen“ aufklären, welche die Arbeiterschaft zu ergreifen hat, um der fortwährenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse gerecht zu werden. Herr Vorhölzer erschien aber nicht, dafür hielt der „Genosse“ Hosenhien einen Vortrag über obiges Thema. Nachdem von den Einberufenen ein mißglückter Versuch gemacht wurde, Versammlungsbefucher aus der Tageswirtschaft in das Versammlungszentrum zu locken, hielt er seinen Vortrag in der Tageswirtschaft, wovon er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der größte Teil der Anwesenden christlich organisiert seien. Letzterem ist es wohl auch zuzuschreiben, daß er die üblichen Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften unterließ und nach einem mißglückten Seitenprung über den Zolllarif auf das eigentliche Thema überging. Eine Hauptrolle spielte dabei natürlich die Hervorhebung der großen Mitgliederzahlen der „freien“ Gewerkschaften usw.

In der Diskussion sprach Kollege Kuhn aus Pforzheim. Er gab dem Referent insoweit Recht, als er über die Notwendigkeit der Organisation im allgemeinen gesprochen habe. Er wies aber darauf hin, daß gerade die Organisation, die der Referent hier vertritt, am allerwenigsten das Vertrauen der Arbeiter des Schwarzwalbes besitze. Schuld daran sei das Verhalten der Führer derselben in der Mythenarbeiterbewegung und in der Affäre Rheinpfelben. Dadurch, daß man in den beiden Fällen von dieser Seite aus agitatorischen Gründen Maßnahmen vorgenommen habe, wodurch die Interessen der Arbeiterschaft schwer geschädigt worden sind, seien die Arbeiter so schwer zur Organisation zu bringen.

Besonders die Agitationshebe nach der Rheinpfelber Bewegung zeige, wie das schlechte Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten die Arbeiterinteressen schädige. Er forderte dann die Anwesenden auf, so weit sie nicht organisiert seien, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Zwei weitere Diskussionsredner brachten unverbüht zum Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Schwarzwalde wenig Aussicht auf Erfolg haben. Das Verhalten des Herrn Vorhölzer bei verschiedenen Anlässen wurde scharf kritisiert und verurteilt.

Nachdem der Referent sah, daß er wenig Entgegenkommen bei den Böhrenbacher Arbeitern fand, versuchte er im Schlußwort die Ausführungen des Kollegen Kuhn in verschiedenen Punkten falsch wieder zu geben und ihnen eine andere Deutung zu geben, was sich dieser jedoch verbat. Durch dieses unehrl. Gebahren des Referenten angeekelt verließen die Arbeiter begreiflicher Weise das Lokal. — Ob die Herren im roten Lager durch solche „Erfolge“ nicht zur Besinnung kommen und die skrupellose Hege gegen die christlichen Gewerkschaften einstellen? Wir bezweifeln es und rufen deshalb den Arbeitern des Schwarzwaldes zu: Stärkt die christlichen Gewerkschaften durch Euren Beitritt. Nur hier habt ihr die einzige richtige Interessensvertretung.

**Alten.** „Mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten“, kann der sozialdemokratische Metallarbeiterverband neuerdings aus Anlaß des Streiks bei Gebrüder Simon, Drahtstiftfabrik Alten, und dessen „ruhmvollen“ Ausgang von sich sagen. Fast genau dieselben Ursachen, zum Teil sogar dieselben Personen, die es unserm Verband nicht rätlich erscheinen ließen, den Kampf der Kettenknechte weiterzuführen, wurden den beteiligten streikenden Arbeitern zum unglücklichen Verhängnis. Vor zwei Jahren glaubte die sozialdemokratische Leitung nicht genug in Beschimpfung der christlichen Führer tun zu können. Zu diesem Zweck wurden eigens zwei Versammlungen in Alten und Wasseralfingen abgehalten, wobei die „Genossen“ allerdings keine großen Pläne hatten; sie wurden so fruchtlos, daß bald darauf der Hauptkader die Agitation an den Nagel hing, um nun in Selbstbildervorträgen zu reifen. Mit den üblichen Phrasen

und Verdächtigungen von der „Unchristlichkeit“, „Tollpatschigkeit“ der christlichen Führer wurde nur so herumgeworfen; in der Brande selbst konnte man sich nicht aus, dafür bristete man sich als Lehrenmeister, gute Lehren ausbreitend, was die Christlichen alles verfaßten hätten. Kurz und gut, durch ihr Auftreten unterstützten die Metallgenossen zugleich die Unternehmer in ihrem Vorhaben, die Organisation der Kettenknechte zu vernichten.

Unter den damaligen Unternehmern tat sich besonders der Inhaber der Firma L. Kraus als Scharfmacher hervor; verschiedene Male brachte er seine Sympathie für die sozialdemokratischen Gewerkschaften zum Ausdruck. Er war auch der Hauptverursacher jener Erklärungen, worin die Kettenknechte ihre berechtigten Forderungen verleugneten. Von jener Firma war nun schon länger bekannt, daß sie sowohl Ketten wie Drahtstifte zu Schleuderpreisen verkaufe. Jahr den Kenner der Verhältnisse, und das wollten bekanntlich die Metallgenossen samt und sonders sein, war es klar, daß die fragliche Firma solcherart zum eigenen Ruin beitrug. Vor mehr denn einem Vierteljahr ging in der Geschäftswelt das Gerücht um, es hapere, und tatsächlich erfolgte vor einigen Wochen der Bankrott. So lagen die Dinge vor und während dem Streik.

Außerdem durften die „scharfsinnigen“ Genossenführer, wenn sie auf diesen Titel Anspruch erheben, die Wirkung der Bauarbeiteraussperrung nicht übersehen. Wird nicht gebaut, dann werden auch keine Drahtstifte verlangt. Unter Aussperrung der beiden wichtigsten Verbindungen trat man bei Gebrüder Simon in den Streik. Die Firma setzte ihren ganzen Starrsinn dagegen und maßregelte sofort einige Kommissionsmitglieder. Das war gerade dazu geschaffen, um die Erregung der beteiligten Arbeiter noch mehr zu steigern. Außerdem will uns scheinen, als ob der Hochmutstitel keine unwesentliche Rolle mitspielte. Malen sollte mal sehen, was der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für ein gewaltiger Machtfaktor sei im Gegensatz zum christlichen Verband. Man wollte auch das „geradezu grandiose strategische Geschick“ der Führer leuchten lassen.

Schon bei Beginn des Streiks wollte es nicht recht funktionieren. Trotz unterschriebener Erklärung blieben einige Arbeiter stehen; darunter auch das sozialdemokratische Mitglied Hammer. In den folgenden Tagen gesellten sich diesen weitere Arbeitswillige bei, so daß sich die Firma zur Not behelfen konnte.

Zwecks Aufklärung in der Deffinitivität bezief die Streikleitung eine Versammlung ein, die kaum von einem Drittel der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter besucht war. Der Ton, der von den sozialdemokratischen Rednern angeschlagen wurde, war mit winzigen Ausnahmen auffallend zahn, höchstens gegenüber den Arbeitswilligen fielen härtere Worte. Der Vertreter unseres Verbandes hob hervor, daß eine Firma, deren Träger sonst dem „Fortschritt“ hulbige, ganz wohl die berechtigten Forderungen anerkennen kann. Allerdings sei die Frage zu stellen, ob die Durchführbarkeit gegeben sei, von der Berechtigung allein könne sich der Streikende kein Brot kaufen, sondern von dem, was er erhalte. Sozialdemokratischerseits werde so gerne mit dem Vorwurf der „christlichen Streikbrecher“ operiert; wie hatlos das sei, zeige der bisherige Verlauf des Streikes.

Diese Ausführungen fanden natürlich nicht die volle Zustimmung der Genossenführer. Einer davon erlaubte sich in seiner Erregung von Durst zu reden, obwohl selbst die verbliebenen Genossen nach der Versammlung zugestanden, daß die Ausführungen des christlichen Redners von durchschlagender Wirkung gewesen seien.

In einer Versammlung am 5. Juni verkündete der Streikleiter, der Streik sei im Einvernehmen mit den Streikenden beendet. Da die Arbeiter der vertriebenen Firma J. Kraus bei dem bestreikten Betrieb angefragt hätten und auch eingestellt worden seien — es handle sich ausschließlich um Unorganisierte (?), von den Streikenden werden nur mehr 4 Mann eingestellt — der Verband habe die Uebrigen zu unterstützen.

Das wäre nun zum großen Leidwesen einer Anzahl Familienväter, die in Alten wohl kaum mehr eine Arbeitsstelle finden, des Dramas trauriges Ende, dank des „grandiosen Geschickes“ der sozialdemokratischen Metallarbeiterführer, die wohl über die christlichen Führer hochmütig die Nase rümpfen können, sonst aber nichts weiter vermögen, als schließlich ehrbare Familienväter der Not und dem Elend preis zu geben.

Wenn die Genossen in Betriebsversammlungen keine christliche Vertreter mehr zulassen wollen, dann wissen die Arbeiter im Industriegebiet Alten, weshalb das geschieht; aus Scham und allzuweniger „Courage“. Der Fall selbst bereichert das Material der verpöfachten sozialdemokratischen Streiks um einen ebenso interessanten als tragischen Beitrag. Für die vernünftig denkenden Arbeiter kann es keine andere Nutzenwendung geben, als durch Beitritt den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken, da dieser ohne großes Gefunster und Geschrei für die Metallarbeiter ganz erhebliche Vorteile herausgeschlagen, keinesfalls ließ er die streikenden Kollegen im Stich. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Literarisches.**

**Bericht über die Verhandlungen des zweiten Deutschen Arbeiterkongresses.** Abgehalten am 20., 21. und 22. Oktober 1907 in Berlin. Preis im Buchschafften und der übrigen auf dem Kongreß vertreten gewesenen Korporationen 50 Pfg. — Die stattliche, 240 Seiten starke Broschüre bietet eine reiche Fülle wertvollen Materials und ist deshalb von dauerndem Werte, weshalb die Anschaffung nur empfohlen werden kann.

**Pofadnowsky als Sozialpolitiker.** Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses dargestellt von Dr. Leopold v. Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der kgl. Technischen Hochschule Hannover. 1908. 320 Seiten. Sympliciter Gewerkschaftsverlag, Palmstr. 14. 150 Seiten. Sehr schön gebunden. Preis 4 M. Für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften durch das Generalsekretariat, Köln, Palmstr. 14, bezogen, 2 Mark.

**Bezirk Hamm (Westf.)**

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 19. Juni in Hamm (Westf.) im Restaurant „Zwei schwarze Raben“, Zeildierstr. 94, statt. Die Konferenz beginnt pünktlich um 10 Uhr vormittags. Die Ortsverwaltungen sollen auf je angefangene 100 Mitglieder einen Delegierten entsenden, unter allen Umständen sollen aber die Vorsitzenden und Kassierer der Ortsverwaltungen anwesend sein. Jede Ortsverwaltung muß das Protokollbuch und das Kassendbuch auf der Konferenz zur Stelle haben. Die Tagesordnung ist den Verwaltungen bereits zugestellt. Der Bezirksvorstand.

**Sterbetafel.**

**Danzig.** Am 2. Juni starb unser Kollege Walter Scherret, Elektromonteur, infolge eines Unfalles (Verührung mit der Hochspannung) im Alter von 18 Jahren.

**Essen.** Am 28. Mai starb unser Kollege Johann Schornagel Nr. 67156 an Lungenentzündung im Alter von 56 Jahren. — Am 28. Mai starb der Kollege Wilhelm Weyer Nr. 92697 an Lungentuberkulose im Alter von 28. Jahren.

**Düsseldorf.** An den Folgen eines schweren Unfalls verstarb am Mittwoch, den 1. Juni unser Kollege Adam Pulm, Former. Ehre ihrem Andenken.

**Versammlungs-Kalender.**

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Angsburg.** Samstag, den 18. Juni Versammlung in der „Gobenen Glode“. Referent: Gewerkschaftssekretär Seier. Thema: Der Arbeitslohn und ihre Bestimmung.
- Duisburg-Laar.** Sonntag, den 19. Juni, morgens 1/2 12 Uhr bei Janßen außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Duisburg-Beck.** Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr bei Willeßen Mitgliederversammlung.
- Duisburg-Meiderich.** Sonntag, den 26. Juni, nachm. 4 Uhr bei Saferlamp Mitgliederversammlung.
- Duisburg-Obermeiderich.** Sonntag, den 19. Juni, morgens 1/2 10 Uhr Sitzung 11 Uhr im selben Lokale öffentliche Versammlung. Redner Kollege Wernerus Duisburg.
- Duisburg-Beurath.** Samstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Lampenschier, Mittelstraße.
- Düsseldorf (Bezirk Hltingen.)** Sonntag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr Bezirksversammlung im Lokale Schmalbusch, Walfratherstraße.
- Düsseldorf-Math.** Sonntag, den 19. Juni, vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Schulten, Münsterstr.
- Düsseldorf-Gerresheim.** Sonntag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale „Zum roten Hahn“, Grewlingstr.
- Düsseldorf (Bezirk Oberbill.)** Sonntag, den 26. Juni, vorm. 11 Uhr Bezirksversammlung im Lokale W. Fuder, Am Markt, Kölnnerstraße.
- Düsseldorf-Ratingen.** Sonntag, den 19. Juni, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Hallen, Bahnstr.
- Düsseldorf (Installateure und Klempner).** Freitag, den 17. Juni, abends 9 Uhr Branchenversammlung bei Reuter Ecke Ost- und Klosterstr.
- Essen-Stadt.** Sonntag, den 19. Juni, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Gemeindefestsaal Friedrichsplatz.
- Essen-Kellinghausen.** Sonntag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Köhne, Hauptstraße.
- Essen-Mittenscheid.** Sonntag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokale Walkney, Mittenscheiderstraße.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 19. Juni, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Effer Hammerstraße.
- Essen-Steele-Kray.** Samstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Freitag, Grenzstr. Kray. Wichtige Tagesordnung. Kein Kollege darf fehlen.
- Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 19. Juni, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Panmacher.
- Esslingen.** Am 18. Juni, abends 1/2 9 Uhr Versammlung mit wichtiger Tagesordnung in der „Alten Krone“.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Samstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr Versammlung bei Nassus.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Samstag, den 26. Juni, vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Gelsenkirchen-Vulke.** Freitag, den 24. Juni, abends punkt 7 1/2 Uhr bei Lutz.
- Günningfeld (Rechenmetallarbeiter)** Mittwoch, den 22. Juni 8 Uhr Versammlung bei Dahrenrecht.
- Hamm-Geeßen.** Sonntag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Römer, Weissenburg.
- Kapfstraße.** Samstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Seibel, Kaiserallee 27.
- Mülheim-Broich.** Sonntag, den 19. Juni, nachm. 4 Uhr bei Höhle (früher Vlettenberg) Versammlung.
- Oberhausen (Hltd.).** Sonntag, den 19. Juni, nachm. 5 Uhr im Lokale des Herrn Kemmerling, Ecke der Königs- und Düsselstraße, Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Oberhausen-Zertrabe.** Freitag, den 17. Juni, abends 6 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Landwehrstr. 1.
- Remscheid.** Sonntag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr bei Frisemann.
- Recklinghausen.** Nächste Mitgliederversammlung Samstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Logt, Linverstr.
- Solingen.** Nächste Versammlung Samstag, den 18. Juni, abends 9 Uhr bei Borchhoff.
- Siegburg.** Sonntag, den 19. Juni, morgens um 10 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Stuttgart-Gannstatt.** Samstag, den 18. Juni, abends 1/2 9 Uhr Versammlung im Alten Hofen mit Vortrag.
- Wallaun.** Samstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr beim Schriftführer Feimbach. — Sonntag, den 19. Juni, Kameradschaftlicher Ausflug. Treffpunkt morgens 7 Uhr auf dem Diebold-